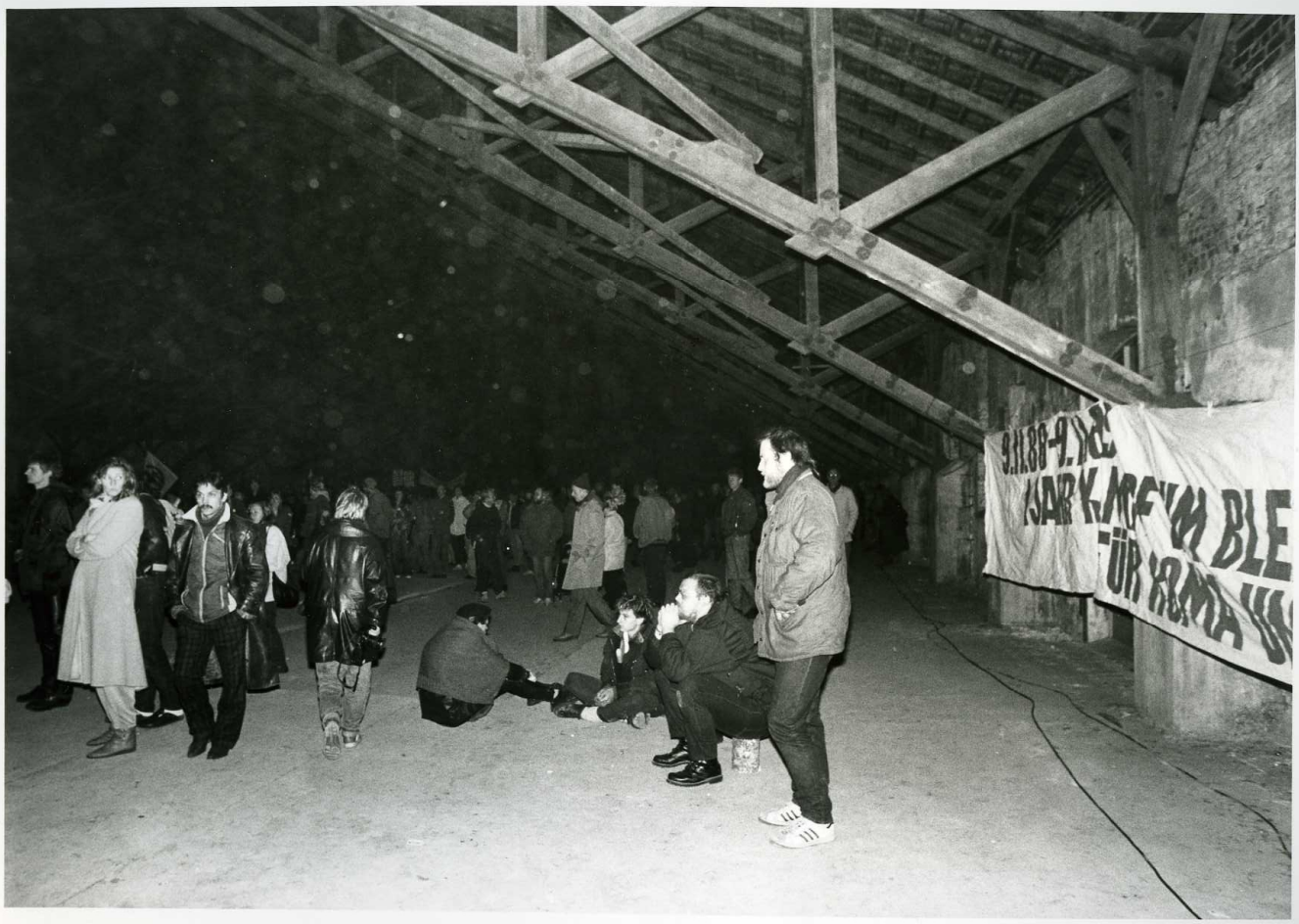
Die Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme 1989 durch Sinti und Roma und ihre Auswirkungen

Die Erben der vergessenen Opfer



Ein Beitrag für den Geschichtswettbewerb 2014/15 „Anders sein – Außenseiter in der Geschichte“

Einleitung

Ein kalter Septembertag. Überall stehen Zelte, Wohnwagen und Autos. Ein weiter Blick auf die Wiesen und den Wald von Neuengamme bei Hamburg, daneben Gefängnisgebäude aus Beton und ein Klinkergebäude auf dem Gelände eines ehemaligen KZs. Hubschrauber kreisen, Spannung liegt in der Luft. So könnte es ausgesehen haben, als Roma die KZ-Gedenkstätte Neuengamme 1989 besetzten. Eine Besetzung, die durch die Presse ging und internationales Aufsehen erregte. Ein Ort, der erschütternde Erinnerung hervorruft. Eine Volksgruppe, über deren Geschichte wir bis vor kurzem kaum etwas wussten.

Im September 2014 waren wir auf der Suche nach einem Thema für den Geschichtswettbewerb mit dem Thema „Anders sein - Außenseiter in der Geschichte“. Zur gleichen Zeit wurde eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes über die Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma herausgegeben[1]. Wir waren schockiert zu hören, wie hoch die Antipathie-Werte dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber heute noch in dem relativ toleranten Deutschland sind. Uns wurde klar, dass die Sinti und Roma noch mehr im Abseits stehen, als andere Minderheiten. So als seien sie Außenseiter unter den Außenseitern.

Das weckte unsere Neugier und wir begannen, uns mit der Thematik zu befassen. Dabei hörten wir von der Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Ende der 80er Jahre, welche viel Aufsehen in der Presse und der Bevölkerung erregt hatte. Darüber wollten wir mehr wissen und entwickelten unsere Leitfrage: Was sollte mit der Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durch Sinti und Roma 1989 bewirkt werden, wie wurde darauf reagiert und wurden die Ziele der Besetzer erreicht?

1 Eingang der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 2015

[1] ADS, „Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung – Bevölkerungseinstellung gegenüber Sinti und Roma“, 2014

Inhaltsverzeichnis

1 Theoretischer Hintergrund 4

1.1 Außenseiter 4

1.2 Sinti und Roma 5

1.3 Das deutsche Asylrecht 11

1.4 Ablauf der Besetzung 12

2 Zusammenfassung der Interviews 15

2.1 Zusammenfassung des Interviews mit Rudko Kawczynski am 05.12.2014 15

2.2 Zusammenfassung des Interviews mit Pastor Arndt am 09.12.2014 19

2.3 Zusammenfassung des Interviews mit Dr. Detlef Garbe am 13.01.2015 23

2.4 Zusammenfassung des Interviews mit Manfred Bublitz am 07.02.2015 28

2.5 Stellungnahme von Ingo von Münch vom 18.02.2015 32

3 Gesamtauswertung 35

3.1 Vergleich der Interviews und Zeitungsartikel 35

3.2 Beantwortung der Leitfrage 39

3.3 Persönliches Fazit 42

4 Quellenverzeichnis 49

5 Anhang 52

6 Arbeitsbericht 53

1 Theoretischer Hintergrund

1.1 Außenseiter

Individuen oder Gruppen von Menschen, die einer sozialen Gemeinschaft zwar angehören, aber nicht voll in diese integriert sind, bezeichnet unsere heutige Gesellschaft als Außenseiter. Diese Ausgrenzung ist meist auf ein von der Norm abweichendes Verhalten zurückzuführen (Devianz).

In unterschiedlichen Gesellschaften gelten oft verschiedene Norm- und Wertvorstellungen, anhand derer ein Verhalten als „richtig“ oder „falsch“ bewertet und damit eingeordnet werden kann. So stellen mit Burka bekleidete Frauen in Deutschland eine Minderheit dar, wohingegen z.B. in Saudi Arabien Frauen in Jeans und T-Shirt auffallen. Die Etikettierungstheorie von H. S. Becker besagt, dass Devianz nicht objektiv vorhanden sei, sondern sozial zugeschrieben werde.[2]

Es sind verschiedene Faktoren für die Etikettierung zum Außenseiter verantwortlich, wie z. B. das von der Norm abweichende Verhalten, die von der Gesellschaft gestützten Norm- bzw. Wertvorstellungen sowie die Richter über eben diese.

Unter den Außenseitern muss zwischen verschiedenen Gruppen unterschieden werden. Während einigen die Rolle der Außenseiter aufgezwungen wird, entscheiden sich andere (wie Punks und andere Szenengruppen) ganz bewusst dafür.

Personen, die von der Gesellschaft zum Außenseiter erklärt werden, müssen mit diesem Urteil nicht zwangsläufig übereinstimmen. Sie können ihre „Richter“ ebenfalls als Außenseiter betrachten.

Wiederkehrende Abweichungen betreffen u.a. Kleidung (z.B. Punks), Religion (z.B. Juden während des Nationalsozialismus), Krankheiten (z.B. Down Syndrom) sowie Verhaltensweisen (z.B. Aggressionen).

Es muss allerdings in Betracht gezogen werden, dass eine Veränderung im Verhalten des Betroffenen oder in den Wert- und Normvorstellungen zu einer anderen Rollenverteilung führen kann. Doch es gibt auch Gruppen, die einmal zum Außenseiter erklärt, diese Rolle nicht mehr ablegen können wie z.B. Prostituierte.

[2] Becker, Howard S.: Außenseiter : Zur Soziologie abweichenden Verhaltens. 2. Aufl.. Berlin Heidelberg New York: Springer-Verlag, 2014

1.2 Sinti und Roma

1.2.1 Allgemeine Begriffserklärung

Von Außenstehenden die Roma oft „Zigeuner“ oder „Gipsies“ genannt. Der Begriff „Zigeuner“ wurde von dem alttürkischen Wort *čïgāń* hergeleitet, was so viel wie „arm“ oder „mittellos“ bedeutet. Der Begriff „Gipsy“ wird vor allem in der englischen Sprache verwendet und stammt von dem englischen Wort „Egyptians“ ab, da früher vermutet wurde, dass die Roma ursprünglich aus Ägypten stammen. Diese Bezeichnungen gelten heute als diskriminierend und werden deshalb überwiegend nicht mehr verwendet.

Der Begriff Roma stammt von dem Wort „Rom“, welches auf Romanes so viel wie „Mensch“ oder „Mann“ bedeutet und wird von den Roma selbst verwendet. Romanes ist die Sprache der Roma. Hierbei handelt es sich um eine rein verbale Sprache, es gibt also keine einheitliche Schriftform. Außerhalb von Deutschland wird Roma als Sammelbegriff verwendet.

Der Begriff Sinti lässt wahrscheinlich auf deren Herkunft in der nordindischen Region „Sindh“ schließen. Die Sinti bilden eine Bevölkerungsgruppe in Deutschland, Frankreich, in den Niederlanden und auch in der Schweiz. Auch ihre Sprache ist Romanes.

Der Begriff „Sinti und Roma“ ist oft irreführend und wird in verschiedenen Quellen unterschiedlich definiert, z.T. sogar widersprüchlich.

Uns erschien die Theorie am schlüssigsten, die auch von unserem Zeitzeugen Rudko Kawczynski bestätigt wurde, der selber Roma ist. Danach hat sich die Verwendung der Begriffe im Laufe der Geschichte verändert. Herr Kawczynski erklärte uns dies folgendermaßen:

Reden wir über einen aus Deutschland stammenden oder hier lebenden Menschen, so bezeichnen wir ihn als Deutschen. Da Deutschland aber in Bundesländer unterteilt ist, nennen wir beispielsweise eine aus Bayern stammenden Person einen Bayern. Ähnlich verhalte es sich mit den Begriffen Sinti und Roma. Unter den Roma gäbe es verschiedene Gruppen, die sich nicht über Regionen, sondern über Kultur und Handwerk definieren. Eine dieser Gruppen seien die Sinti, die seit dem frühen 12. Jahrhundert im deutschen Sprachraum leben. Trotz der unterschiedlichen Namen verstünden sich alle als Roma, im Sinne eines Sammelbegriffes.

Warum wir also nicht einfach nur von Roma sprechen, sei auf den Nationalsozialismus zurückzuführen. Als die Deutschen begannen, die sog. balkanischen „Rom-Zigeuner“ zu verfolgen, hätten sich die Sinti von ihnen abgesondert, um sich zu schützen und sich als Arier bezeichnet, wodurch sie zunächst über die „Rom-Zigeuner“ gestellt wurden. Die wenigen Überlebenden der Konzentrationslager hätten diese Überlebensstrategie beibehalten und sich

auch nach der Befreiung 1945 weiterhin von den übrigen Roma distanziert. Obwohl sich dies wieder gelegt habe, spräche man auch heute noch von Sinti und Roma. Wobei mit Roma hauptsächlich diejenigen gemeint wären, die Ende des 19. Jahrhunderts aus Osteuropa eingewandert sind.

In unserer Arbeit verwenden wir sowohl den Sammelbegriff „Roma“ als auch den Ausdruck „Sinti und Roma“, da diese von unseren Zeitzeugen unterschiedlich benutzt wurden.

1.2.2 Herkunft

Lange Zeit wurde angenommen, die Roma kämen aus Ägypten. Hierbei handelt es sich um einen Irrtum, da die Roma sich für längere Zeit auf der Peloponnes, auch „Klein Ägypten“ genannt, aufhielten und davon berichteten, als sie in Europa ankamen. Tatsächlich sind sie aber mit einigen Gruppen aus dem Nord-Westen Indiens kulturell verwandt (Jat; arab. Zott). Diese verließen Indien in mehreren voneinander unabhängigen Etappen und aus unterschiedlichen Gründen.

1.2.3 Sinti und Roma in Deutschland

Der erste Beleg für die Anwesenheit von Roma in Deutschland ist in der Hildesheimer Stadtrechnung von 1407 zu finden. Zunächst verhielt sich die deutsche Bevölkerung ihnen gegenüber offen bzw. neutral. Durch einen gesellschaftlichen Umbruch, welcher die Bevölkerung belastete, wandelte sich ihr Verhalten zu Ausgrenzung bis hin zu Verfolgung. Durch Gesetze und Edikte wurde den Roma die Möglichkeit genommen, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Es war ihnen untersagt, von Zünften abgedeckte Berufe auszuüben. Dadurch blieben ihnen nur noch wenige Tätigkeiten wie Musizieren, Kesselflicken, Wahrsagerei für die Frauen, Gauklerei sowie ein gewisses Maß an Handel. Die starken Einschränkungen machten es extrem schwer, einen Lebensunterhalt sicherzustellen und hatten vielfach Betteln und Stehlen zur Folge.

Auf Grund der als unseriös geltenden Verdienstmöglichkeiten und des Bettelns und Stehlens, verfestigten sich Vorurteile, die bis heute nicht gänzlich abgebaut werden konnten. Von 1500 bis 1800 gab es besonders viele Edikte gegen Sinti und Roma. Unter Friedrich II wurden sog. Zigeunersiedlungen im Rahmen der Zwangsassimilation gegründet. Den Roma wurden die Pferde genommen, um Wanderungen zu unterbinden. Teilweise nahm man ihnen sogar die Kinder.

Im Gegensatz dazu stand die relativ gute Integration vor dem 2. Weltkrieg. So hatten im 1. Weltkrieg viele Roma in der Armee gedient und auch Auszeichnungen erhalten.

Sinti und Roma im Nationalsozialismus

Schon vor dem Nationalsozialismus verstärkten sich die Vorurteile gegen Sinti und Roma. So beschrieb Emil Reinbeck in seinem 1861 veröffentlichten Buch sie ebenso wie Indianer und

andere Völkern als die „unkultivierten Rassen“ die den „Übergang zwischen Tier und Mensch“ bildeten.[3] Die „Zigeunerfrage“ wurde Ende des 19. Jahrhunderts mit der sog. „Zigeunerpolitik“ beantwortet. So wurden Sinti- und Roma-Gruppen vermehrt überwacht und das Umherwandern sowie Handwerks- und Handelstätigkeiten verboten.

Aufgrund der nationalsozialistischen Rassenideologie wurde aus Restriktion und Ausgrenzung Verfolgung und Vernichtung. So wurde 1936 zur Zeit der Olympischen Spiele in Berlin eine erste Razzia gegen Sinti- und Roma durchgeführt. In einem Zigeunerlager in Berlin-Marzahn wurden ca. 600 – 800 Sinti und Roma festgehalten. Vergleichbare Lager gab es z.B. auch in Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Essen und Gelsenkirchen. Mit dem ersten Transport 1940 wurden 2800 Sinti nach Polen deportiert und die Vernichtung begann. Weitere Sinti und Roma wurden z.B. in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau, Sachsenhausen und Auschwitz deportiert. Insgesamt wurden mehr als 500.000 Roma und Sinti von den Nationalsozialisten ermordet.

Nachkriegszeit/ Bürgerrechtsbewegung

Dass Sinti und Roma, so wie z.B. die Juden, auch Opfer des Nationalsozialismus waren, wurde bis in die 80er Jahre von der Mehrheitsbevölkerung, sowie Politikern, der Justizbehörde und auch von Geschichtswissenschaftlern verdrängt. So gingen viele Lokalbehörden und Polizisten davon aus, dass Sinti und Roma aufgrund ihrer Herkunft oder Kultur „unintegrierbar“[4] seien. Die Städte gingen sogar so weit, ganze Kommunen auf abgelegenen Wohnwagenplätzen anzusiedeln, um die Sinti und Roma aus den Städten fernzuhalten. Diese Isolation führte dazu, dass Sinti und Roma an der Nachkriegsentwicklung des Wohlstands, sozialer Sicherheit und dem Bildungssystem nur in sehr geringem Maße Teil hatten. Die Behörden setzten die Schulpflicht der Sinti und Roma nur selten durch. Wenn diese eine Schule besuchten, wurden sie oft vorschnell in Sonderschulen untergebracht. So besuchten in der BRD zwischen 1978 und 82 etwa 25 - 30 % der Roma-Kinder eine Sonderschule. Etwa 50 % der Erwachsenen hatten die Schule vorzeitig abgebrochen und weitere 30 % hatten keine Schule besucht. Die soziale Lage der Sinti und Roma war ebenfalls sehr schlecht. So lebten viele der Sinti und Roma aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln in Wohnsituationen, die nicht einmal dem gängigen Mindeststandard entsprachen.

In den 70er Jahren entschlossen sich einige Städte wie z.B. Köln und Düsseldorf, die Integration von Sinti und Roma durch lokale Wohnungsbauprogramme zu verbessern. Ihnen wurde so ein besserer Zugang zum Schul- und Gesundheitssystem verschafft, was sich positiv auf die Lebensumstände von vielen Sinti und Roma auswirkte. Die Integration in den Arbeitsmarkt konnte allerdings noch nicht erreicht werden, was u.a. auf massive Vorurteile zurück-

[3] W. Wippermann 1996, S. 113
[4] Studie „Zur Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland“, Technische Universität Berlin im Auftrag von UNICEF

zuführen ist. So erschwert es die Suche nach einer Arbeitsstelle natürlich stark, wenn einem Bewerber Eigenschaften wie Unzuverlässigkeit, schlechte Bildung oder sogar Kriminalität unterstellt werden.

Ende der 70er Jahre begannen sich die Sinti und Roma selbst zu organisieren und mit öffentlichen Veranstaltungen auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. So gab es z.B. Ostern 1980 einen Hungerstreik in der KZ-Gedenkstätte Dachau, der sich gegen die Methoden rassischer Sondererfassung bei Justiz- und Polizeibehörden richtete, die z.T. von früheren Nationalsozialisten und aufgrund von Akten der NS-Zeit durchgeführt wurden.

Im Februar 1982 wurde der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma gegründet. Eine Delegation des Zentralrats wurde noch im gleichen Jahr vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt empfangen, der zum ersten Mal die NS-Verbrechen an den Sinti und Roma als Völkermord aus rassischen Gründen öffentlich anerkannte, was von Helmut Kohl 1985 bestätigt wurde. Daraus resultierte eine Veränderung in der bis dahin diskriminierenden Entschädigungspraxis für überlebende KZ-Opfer und es konnten in mehreren tausend Einzelfällen Neuentscheidungen zugunsten der Betroffenen erwirkt werden.

2 Protest von Sinti und Roma, 1986

Situation der Sinti und Roma 1989

Die Situation der Sinti und Roma in Deutschland zur Zeit der Besetzung des ehemaligen KZs Neuengamme war insofern eine besondere, als der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien noch nicht ausgebrochen war.

Dennoch flohen zwischen 1986 und1987 viele Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien und teilweise auch aus Polen, da der Vielvölkerstaat immer mehr unter ethnischen Spannungen stand. Die Roma waren die ersten, die dies zu spüren bekamen: sie wurden wieder diskriminiert, rassisch verfolgt und ihre Häuser in Brand gesteckt. 1988 und 1989 begann das Militär, immer mehr Menschen in die Armee einzuziehen. Einige der eingezogenen Roma flohen, um nicht in einen Krieg verstrickt zu werden, in dem sie gegen Länder hätten kämpfen müssen, in denen ihre Verwandten lebten. Damit waren sie Deserteure und von schweren Strafen bedroht. Trotzdem wurde 1989 in Hamburg kein einziger Roma als Asylbewerber anerkannt, sie hätten alle abgeschoben werden sollen. Hintergrund war, dass es in Deutschland zwei geltende Asylrechte gibt:

1. das vorrangig geltende der Genfer Flüchtlingskonvention (Artikel 25 im Grundgesetz)
2. das deutsche Asylrecht für politisch Verfolgte (Artikel 16 a im Grundgesetz)

Das deutsche Asylrecht, das die politische Verfolgung in den Vordergrund stellt, ließ sich auf diese spezielle Situation nicht direkt anwenden, was den Roma nicht klar war. Und da der Bürgerkrieg noch nicht ausgebrochen war, wurde die Situation von vielen Verantwortlichen in Deutschland unterschätzt.

Situation heute

Heute leben zwischen 80.000 und 140.000 Sinti und Roma in Deutschland, wobei nur ca. 70.000 von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. In Hamburg sind es ca. 40.000. Mit 10 bis 12 Millionen Sinti und Roma in Europa stellen sie die größte ethnische Minderheit dar.

Trotz einer relativ großen Toleranz gegenüber Minderheiten in Deutschland, sind Sinti und Roma nach wie vor nicht wirklich in die Gesellschaft integriert. Laut einer aktuellen Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) von 2014 wird kaum einer Bevölkerungsgruppe so wenig Sympathie entgegengebracht wie den Sinti und Roma:

So gaben ca. 33% der Befragten an, Sinti und Roma wären ihnen in der Nachbarschaft „sehr oder eher unangenehm". Ein Drittel der Befragten glaubte, sie könnten Sinti und Roma anhand ihres äußeren Erscheinungsbildes erkennen. Auch wurden Sinti und Roma hauptsächlich mit für „Zigeuner" typischen Berufen assoziiert. Auffällig ist, dass die Hälfte aller Befragten davon überzeugt ist, dass Sinti und Roma Ausgrenzung und Feindseligkeit in der Bevölkerung durch ihr Verhalten provozieren würden. Im Vergleich zu anderen Minderheiten erhalten die Sinti und Roma die höchsten Antipathie-Werte. Ihnen werden oft sehr negative Merkmale wie Kriminalität und Verwahrlosung und wenig Bildung zugeschrieben. Sie werden aber auch als kinderlieb, exotisch und schlau eingeschätzt. Ungefähr gleich viele Befragte schätzen Sinti und Roma als integrierbar und unintegrierbar, fleißig und faul, anständig und zügellos ein.

Auf der Wissensebene hat sich die Situation im Vergleich zur Zeit der Besetzung stark verbessert. Die meisten Befragten kannten die Begriffe „Sinti" und „Roma", schätzen ihre Anzahl in Deutschland korrekt ein, wussten um ihre Verfolgung während der NS Zeit und begrüßten ein Gedenken an die Opfer. Bekannt war auch, dass es viele Sinti und Roma mit deutscher Staatsbürgerschaft gibt und dass die Lebenssituation für Sinti und Roma in Deutschland wesentlich besser ist als in anderen europäischen Ländern. Allerdings stammen diese Informationen hauptsächlich aus Schule, Beruf oder Medien und kaum aus privaten Erfahrung oder Kontakten.

Die Vorschläge der Befragten für ein gutes Zusammenleben mit Sinti und Roma waren vielfältig: Zwar plädierte ein relativ hoher Anteil (zwischen 14 und 50%) für restriktive Maßnahmen wie Abschiebung, mehr Polizei und Einreisebeschränkungen. Aber sehr viele Be-

fragte befürworteten auch Integrationsangebote, den freien Zugang zum Arbeitsmarkt, Vermietung ohne Ansehen der Person und Bereitstellung von Sozialleistungen etc. (56 - 91%).

3 Graph aus der Studie der ADS

Eine weitere Quelle über die Situation der Sinti und Roma heute ist das Buch „Bei uns ist es so“.[5] Es wurde von der Beratungsstelle Karola, die das interkulturelle Zusammenleben fördern will, zusammen mit Roma-Frauen herausgegeben. Dort kommen sowohl die Roma-Frauen selber als auch die Nachbarn und Institutionen im Stadtteil zu Wort, in dem schon lange viele Roma-Familien leben.

Dabei wird deutlich, wie wichtig der enge familiäre Zusammenhalt und die traditionellen Werte und Normen für die Roma sind. Diese Strukturen sind oftmals sehr streng und für Deutsche schwer nachvollziehbar, wie z.B. die frühe vermittelte Heirat von Jugendlichen. Zu erkennen ist aber, dass sich diese Werte und Traditionen langsam verändern und modernisieren und auch von den Roma-Frauen selbst in Frage gestellt werden. Andererseits berichten die deutschen Institutionen wie Kita, Schule oder Arztpraxis, dass Regelungen, die für Deutsche selbstverständlich sind, für Roma nicht verbindlich oder wichtig zu sein scheinen. Die Beraterinnen von Karola betonen, dass es viele Jahre gebraucht habe, überhaupt das Vertrauen der Roma zu gewinnen. An diesen Beispielen sieht man, wie unterschiedlich die Welten und die Wahrnehmung von Deutschen und Roma immer noch sind und wie viel Kontakt und gegenseitiges Interesse nötig ist, um Veränderungen herbeizuführen. „Es hat sich ja nie jemand über uns interessiert“, sagen die Roma-Frauen in diesem Buch. Dass ein Buch über sie geschrieben wird, erfüllt sie mit Stolz und bedeutet einen ersten Schritt des Austauschs und der Annäherung zwischen den Kulturen.

[5] „Bei uns ist es so.“ „Keiner hat sich bis jetzt über uns interessiert. Keiner hat gefragt“, Gespräche mit Roma-Frauen bei KAROLA e.V., Herausgegeben von KAROLA e.V. und Marily Stroux, 2012

1.3 Das deutsche Asylrecht

1.3.1 Die Genfer Flüchtlingskonvention

Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde verabschiedet, um eine Wiederholung der Völkervertreibung im Zweiten Weltkrieg zu verhindern. Zum ersten Mal wurde definiert, wer ein Flüchtling ist und welche Ansprüche dieser auf Schutz in einem fremden Land hat. Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde 1951 von der UNO verabschiedet und trat für Deutschland 1954 in Kraft.

In Art. 1 GFK wird ein Flüchtling als eine Person definiert, die *„aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder besitzen würde, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will […]“*. Binnen-, Wirtschafts- oder Umweltflüchtlinge werden nicht berücksichtigt. Auch Bürgerkriegsflüchtlinge werden nicht von der Genfer Flüchtlingskonvention berücksichtigt, da sie unter den Schutzbereich des Humanitären Völkerrechts fallen.

Laut Art. 33 hat ein Flüchtling so lange ein Recht auf eine Aufenthaltsgenehmigung, wie die Prüfung seines Anliegens dauert. Es besteht also kein Anspruch auf Asyl oder dauerhaft legalen Aufenthalt in dem Aufnahmestaat, lediglich die Pflicht einer objektiven und effektiven Prüfung der jeweiligen Anliegen. Auch werden keine genaueren Angaben gemacht, wie diese Asyl- anerkennungsverfahren durchzuführen seien. Nicht ausgewiesen oder abgeschoben werden darf allerdings, wessen Leben oder Freiheit in dem betreffenden Staat auf dem Spiel steht.

Auch wenn der Wirkungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention beschränkt ist, können Flüchtlinge auf andere Vereinbarungen zurückgreifen. So bieten z.B. Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Art.7 des Internationalen Pakts denjenigen Schutz, die bei Rückkehr in einen Staat Folter oder unmenschliche Behandlung zu erwarten haben.

1.3.2 Paragraph 16 a Grundgesetz

Laut Art. 16a GG genießen alle politisch Verfolgten Asylrecht. Davon sind Flüchtige aus Mitgliedsstaaten der EU sowie anderen Ländern, die Menschenrechte und Grundfreiheiten einhalten, ausgeschlossen. Solange keine Beweise für eine politische Verfolgung vorliegen, wird davon ausgegangen, dass eine solche nicht existiert. Sobald der Verdacht auf eine unbegründete Asylbewerbung besteht, können aufenthaltsbeendende Maßnahmen getroffen werden, wobei diese Annahmen gründlich zu prüfen sind.

1.4 Ablauf der Besetzung[6]

Nov. 88 Nach der befristeten Freilassung aus der Abschiebehaft droht Familienvater Vehbija Adzovic mit Selbstverbrennung, falls der Senat an seiner Abschiebung festhält

18.02.89 Um gegen die drohende Abschiebung von Adzovic und anderen zu protestieren, starten 20 Männer in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme einen Hungerstreik

19.02.89 9 bewaffnete Rechtsradikale belästigen die Hungerstreikenden

24.02.89 Individualbeschwerde der Familie Adzovic an die Europäische Kommission für Menschenrechte in Straßburg

28.02.89 Senat bietet Familie Adzovic zuerst 30.000 dann 40.000 Mark für deren Ausreise

04.03.89 zwei Hungerstreikende werden ins Krankenhaus eingeliefert

07.03.89 nach täglichen Versuchen, Bürgermeister Voscherau eine Petition zu überreichen, wird sie nun von Innensenator Hackmann entgegengenommen - er verspricht, sich für die Roma auf Bundesebene einzusetzen und das „Kölner Modell“[7] zu prüfen; der Hungerstreik wird beendet

08.03.89 Der Senat distanziert sich von dem angeblichen Angebot an Adzovic – es handele sich um ein Missverständnis

16.06.89 Demonstration gegen Diskriminierung und Abschiebung von Roma in Bonn
„Man wolle *nicht weiter unter dem Druck der Angst leben, aus der Bundesrepublik wie ausgediente Gegenstände hinausgeworfen zu werden*“

24.08.89 Weitere Abschiebungen werden von dem Senat angedroht, da das 6-monatige Moratorium bald ausläuft (06.09.89)
Sinti und Roma kündigen verschiedene Protestaktionen an: z.B. eine öffentliche Kundgebung im KZ-Neuengamme am 29.08.89; Duldungen, Aufforderungen zur Ausreise und Abschiebungsverfügungen sollen verbrannt werden, um auf die größte Abschiebeaktion seit Bestehen der Bundesrepublik aufmerksam zu machen

28.08.89 Genehmigung der Kundgebung wird kurzfristig zurückgezogen; Kundgebung findet trotzdem statt

29.08.89 Eine Woche vor Ablauf der im März gestellten Duldungsfrist wird die KZ-Gedenkstätte Neuengamme von etwa 150 Sinti und Roma besetzt.

[6] In der folgenden Chronologie werden wir uns auf Informationen aus verschiedenen Zeitungsartikeln und Pressemitteilungen der RCU beziehen.
[7] Bleiberecht. Roma in Deutschland. November 1988 – November 1990. Chronologie – Dokumentation – Berichte., Hamburg. Mottendruck. 1990., 1990

31.08.89 Mittlerweile befinden sich ca. 200 Roma aus ganz Deutschland auf dem KZ-Gelände; Aufgrund der Anwesenheit der Roma wird das Dokumentenhaus geschlossen

01.09.89 In der Nacht wird ein Anschlag mit Molotowcocktails auf das Lager verübt

03.09.89 Die UNO wird gebeten, den sich im Zeltlager befindenden Roma einen Flüchtlingsstatus zu geben und das Flüchtlingslager offiziell als solches anzuerkennen

05.09.89 Senat beschließt die Abschiebung von über 1000 Sinti und Roma; es wird ein Brandanschlag auf eines der Autos der Roma verübt

11.09.89 Durch das Zeltlager wird eine einmonatige Duldung für mehrere Familien erreicht; Aufgrund von kühler werdendem Wetter wird mit dem Bau von Baracken begonnen; Auf Druck der Behörde stellt der Arbeiter-Samariter-Bund seine Hilfeleistung ein; Mitarbeiter des KZs erhalten Anweisung, nicht mit den Roma in Kontakt zu treten

9/10.09.89 Internationale Presse trifft in Neuengamme ein und erstattet Bericht (BBC, DDR-Fernsehen, amerikanische Sender, israelischer Rundfunk)

14.09.89 Sowohl Diakonisches Werk als auch Arbeiterwohlfahrt distanzieren sich von Senatsbeschluss und fordern Bleiberecht für Sinti und Roma; ebenso FDP und Kulturbehörde

16.09.89 Polizei verbietet den Roma, Holzhütten zu errichten; Roma lehnen ab, die bisherige Arbeit abzureißen und fordern die Polizei auf, die Gedenkstätte zu verlassen. Es wird geplant, ein Steinhaus zu bauen, um größeren Schutz vor kälterem Wetter zu bieten; Unterricht auf Deutsch und Romanes wird für die Kinder organisiert

21.09.89 verstärkte Polizeikontrollen sowie Tag und Nacht niedrig fliegende Helikopter verschärfen das Klima im Zeltlager

24.09.89 Sanitäre Zustände verschlechtern sich stetig; vor allem Magen-Darminfekte verbreiten sich schnell: Mehrere Kinder müssen aufgrund von Verdacht auf Tuberkulose, Angina und Lungenentzündung ins Krankenhaus, ebenso eine Romni mit einer Fehlgeburt; Senat untersagt verschiedenen Hilfsorganisationen, den Roma zu helfen

30.09.89 Das Klinkerwerk wird besetzt, um sich vor der Kälte sowie vor Angriffen durch Rechtsradikale zu schützen; fünf Besetzer beginnen einen Hungerstreik

02.10.89 Das Klinkerwerk der Gedenkstätte wird gegen 9:00 Uhr von der Polizei geräumt; einer der Besetzer droht, sich in Brand zu setzen; die Situation beruhigt sich, die Roma verlassen das Gebäude ohne größere Auseinandersetzungen und gehen in einem Protestmarsch zum Hamburger Rathaus; auf der Mönckebergstraße in der

Innenstadt kommt es zu einem Konflikt mit der Polizei, da diese den Zugang zum Rathaus versperrt – keiner der Senatoren erklärt sich bereit, mit den Roma zu sprechen
Der Pastor der Altonaer Friedenskirche gewährt etwa 150 Roma Kirchenasyl

12.10.89 Bei dem Versuch, die Duldungspapiere der Familie zu verlängern, werden zwei polnische Roma in der Ausländerbehörde festgenommen. Scheinbar willkürlich wird die Duldung einiger Roma verlängert, andere werden in Abschiebehaft genommen

16.10.89 Ca. 80 Roma finden Zuflucht in der Paulusgemeinde in Altona, andere in der Luther-Kirche in Bahrenfeld; internationale Proteste gegen den Polizeieinsatz in der KZ-Gedenkstätte und die Absicht des Senats, etwa 1000 Roma abzuschieben

19.10.89 Mittlerweile sind 11 Roma gewaltsam abgeschoben worden

23.10.89 Etwa 20 Roma ziehen in die Räume der Luruper Auferstehungsgemeinde

27.10.89 Sozialhilfe-Kürzungen oder -Streichungen für Roma, die an den Protesten beteiligt waren oder sich in Kirchengemeinden aufhalten

31.10.89 Alle Roma im Kirchenasyl ziehen gemeinsam in die St. Michaelis Kirche
20 Vertreter der Familien treten in einen unbefristeten Hungerstreik

02.11.89 Das „Neue Forum“ der DDR kritisiert das Vorgehen der Hansestadt
Hamburgs Partnerstadt in der DDR Dresden bietet an, 150 Roma aufzunehmen

09.11.89 Zum Gedenken an die Reichsprogromnacht besetzen Roma zusammen mit Opfern und Verfolgten des NS-Regimes das Klinkerwerk; nach der Kundgebung wird der Hungerstreik beendet; mit dem Begriff „Familienzusammenführung“ gibt Hackmann den in Hamburg lebenden Roma Hoffnung auf ein Bleiberecht

4 Geländeplan der KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit Markierungen von Herrn Dr. Detlef Garbe

2 Zusammenfassung der Interviews

2.1 Zusammenfassung des Interviews mit Rudko Kawczynski am 05.12.2014

2.1.1 Zur Person

Rudko Kawczynski hat die Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durch Roma 1989 geplant, geleitet und organisiert. Er ist Roma und kam 1956 mit seiner Familie nach Deutschland. Herr Kawczynski ist Vorsitzender der Rom und Cinti Union und Präsident des Roma Nationalkongresses. Bevor er anfing, sich politisch für die Rechte von Sinti und Roma einzusetzen, war er Teil der Musikgruppe „Duo Z“, in der er gesellschaftskritische Lieder schrieb, die auf die Situation der Sinti und Roma aufmerksam machen sollten.

5 Rudko Kawczynski, 2015

2.1.2 Allgemeine Situation der Sinti und Roma in Hamburg 1989

Laut Herrn Kawczynski seien Sinti und Roma damals wie heute Außenseiter gewesen und mussten mit vielen Vorurteilen kämpfen. Die Stellen der Landfahrerzentrale seien zum Beispiel nach dem Krieg nicht neu besetzt worden. Allerdings befanden sich nach dem Zweiten Weltkrieg so gut wie keine Roma und kaum noch Sinti in Hamburg. Er betonte auch, dass die Besetzung in Neuengamme nichts mit der Situation von Sinti und Roma in Deutschland zu tun gehabt hätte, da es nur um die Flüchtlinge aus dem damaligen Jugoslawien ging.

2.1.3 Gründe für die Besetzung

Herr Kawczynski machte uns zunächst darauf aufmerksam, dass die Roma nach Deutschland flohen, um sich vor dem drohenden Bürgerkrieg in Jugoslawien zu schützen. Schon bevor dieser Anfang der 90er Jahre begann, hätten vor allem die Roma unter den bereits bestehenden Spannungen gelitten und seien rassistisch motiviert verfolgt worden. So seien teilweise ihre Häuser angezündet und viele Roma vom Militär eingezogen worden. Um diesem Schicksal zu entgehen, seien die ersten Roma 1986, die größte Welle 1989 nach Deutschland gekommen. In Jugoslawien habe einigen der flüchtigen Roma die Verhaftung als Deserteure gedroht. Aus diesem Grund hätten die Roma große Angst vor einer Abschiebung gehabt und z.T. um ihr Leben gefürchtet. Daher baten sie die RCU um Hilfe. Da Herr Kawczynski 1989 immer noch keine deutsche Staatsbürgerschaft besaß, konnte er die Angst vor der Abschiebung gut nachvollziehen und beschloss ohne zu zögern, ihnen zu helfen. Er betonte, dass es bei der Besetzung keinesfalls um irgendwelche politischen Angelegenheiten gegangen wäre, sondern nur um das Bleiberecht und das Überleben der Roma. Durch die Besetzung sollte die Öffentlichkeit erreicht werden, um einerseits auf deren Situation aufmerksam zu machen, aber andererseits auch, um heimliche Abschiebungen in der Nacht zu verhindern. Herr Kawczynski sprach sogar von „Deportationen“.

2.1.4 Die Besetzung

Allgemeiner Ablauf der Besetzung

Zunächst habe es einen Hungerstreik gegeben, um gegen die Abschiebung von Adzovic und anderen Roma zu protestieren. Trotz allem hätte die Hamburger Regierung ihre Abschiebepolitik fortgesetzt. Oft wären einzelne Personen abgeschoben worden, damit der Rest der Familie frei-willig mitgehen würde. Die wohl längste Protestphase hätte zwischen Mai und Oktober gelegen. Man habe sich schnell für das Gelände der KZ-Gedenkstätte entschieden, da die Vorfahren der Sinti und Roma diesen Ort „mit ihrem Blut bezahlt" hätten. Es sei der einzige Ort gewesen, an dem sie sich willkommen gefühlt hätten. Die Zahl der Besetzer schwankte nach Angaben von Herrn Kawczynski zwischen etwa 100 und 4000 Roma, wobei der Presse absichtlich nur 300 bis 400 Familien angegeben worden wären. Dieses Täuschungsmanöver sei als Schutz nötig gewesen, um z.B. bei der Räumung nicht unterlegen zu sein. Diese hätte am 2.10. stattgefunden, als die Roma in das Klinkerwerk eingebrochen seien, um sich vor der Kälte zu schützen. Nachdem sie das Gebäude verlassen hätten, seien sie in einem Protestmarsch in die Hamburger Innenstadt gezogen. Herr Kawczynski erinnerte sich, dass diese Demonstration ein unvorstellbar großes Verkehrschaos zur Folge hatte. Die gesamte Besetzung über hatte es laut Herrn Kawczynski Geheimtreffen und –vereinbarungen mit Innensenator Hackmann gegeben. Diese setzten sich auch noch nach der Räumung fort. Im Endeffekt wurde eine Lösung gefunden, bei der die Stadt Hamburg nicht „ihr Gesicht verlor" und trotzdem etwa 2000 Roma-Familien aus Jugoslawien in Hamburg bleiben durften. So war der Stadt Hamburg wichtig, dass die Verhandlungen und Vereinbarungen nicht an die Öffentlichkeit dringen sollten. Herr Kawczynski war beeindruckt, dass Herr Hackmann sich sehr fair benommen und sein Wort gehalten habe, obwohl zum Ende der Verhandlungen der Fall der Mauer das Thema der Besetzung aus den Medien und dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt hätte, und er sein Versprechen mit Leichtigkeit hätte brechen können.

Stimmung und Ereignisse während der Besetzung

Herr Kawczynski erinnerte sich noch sehr lebhaft an die Besetzung. Er erzählte uns, dass ganze Familien von der Abschiebung bedroht gewesen seien und daher alle Altersgruppen vertreten gewesen wären. Dies stellte eine organisatorische Herausforderung dar, da z.B. Unterricht für die Kinder benötigt wurde. Diese empfanden die Besetzung eher als Abenteuer, wohingegen die Älteren in ständiger Angst vor der ungewissen Zukunft lebten, da sie über die Zustände in Jugoslawien Bescheid gewusst hätten. Die unruhige und angespannte Stimmung wurde durch ständige Polizeikontrollen noch verstärkt. Es seien auch Ausstellungen von den Roma organisiert worden. Neben Besuchen durch Politiker seien auch öfter Rechtsextreme zu dem besetzten Gelände gekommen. Ein ernsthafter Übergriff habe sich nur ein einziges Mal ereignet, als einige Rechtsradikale Molotowcocktails auf das Lager warfen. Zum Glück sei niemand verletzt worden.

Räumung

Herr Kawczynski hatte die Räumung als sehr friedlich in Erinnerung. Es hätte keinen Ärger mit der Polizei gegeben. Dies sei aber von vornherein klar gewesen, da es sich ja um einen Konflikt mit den Politikern und nicht mit der Polizei gehandelt habe. Herr Kawczynski betonte auch, dass Gewalt grundsätzlich keine Lösung sei, weshalb die Roma beschlossen hatten, das besetzte Gebäude zu verlassen, sobald die Polizei die Tür aufgebrochen hätte, um dann Richtung Innenstadt zu ziehen. Es habe einen Zwischenfall gegeben, erzählte Herr Kawczynski: ein Roma hätte sich mit Benzin übergossen und gedroht, sich bei einem Räumungsversuch der Polizei anzuzünden, doch diese Situation sei schnell beruhigt worden. Nachdem das Gebäude geräumt war, seien mehrere Taxis gekommen und hätten angeboten, Roma umsonst zu fahren. Herr Kawczynski betonte aber auch, dass Senator Hackmann die Räumung eigentlich nicht wollte, der Druck auf ihn durch andere Politiker aber zu groß geworden wäre.

2.1.5 Reaktion in der Bevölkerung

Herr Kawczynski nahm die Reaktionen der Bevölkerung als sehr positiv wahr. Er beschrieb, wie immer mehr Menschen das Zeltlager besuchten und Kontakt zu den Roma aufnahmen. „Wenn man den Menschen die Möglichkeit gibt, […] sich mit den Problemen auseinanderzusetzen und auch die Menschen kennenzulernen, dann denkt man nach und dann verändert sich das Verhalten“. Herr Kawczynski war überrascht, wie viel Unterstützung von außen kam, z.B. durch finanzielle Hilfen und Lebensmittelspenden, ohne die all das nicht möglich gewesen wäre.

2.1.6 Rolle der Presse

Die Berichterstattung hat Herr Kawczynski teilweise als sehr negativ wahrgenommen, da sie von viel Antiziganismus geprägt gewesen sei. Trotz allem hätte es auch kritische Berichte gegeben, die die Abschiebe-Politik des Senats ablehnte und auf den Bürgerkrieg in Jugoslawien hinwies.

2.1.7 Rolle der Politik

Herr Kawczynski betonte, dass keine Partei sich an der Besetzung beteiligt oder diese unterstützt hätte. Besonders negativ habe er die Position der SPD wahrgenommen, da die Politiker „in anderen Kategorien“ gedacht hätten. Die Verantwortlichen hätten die Abschiebung durchaus befürwortet, dafür aber nicht die Verantwortung übernehmen wollen und sich „versteckt“, wodurch sich der Druck auf Hackmann erhöhte. Nur einzelne Vertreter der verschiedenen Parteien suchten das Zeltlager in der Gedenkstätte auf. Besonders unangenehm seien der SPD die Gefängnisse gewesen, die sich damals noch auf dem Gelände der Gedenkstätte befanden.

2.1.8 Gab es Konsequenzen?

Durch die Kooperation zwischen Politik und RCU wurden laut Herrn Kawczynski im Endeffekt bis zu 20.000 Menschen das Leben gerettet, die sich heute aus den 2000 Familien entwickelt haben, die bleiben durften. Vielen Leuten sei nicht klar gewesen, wie gefährlich der Krieg gewesen sei. Herr Kawczynski hob noch einmal hervor, wie vorbildlich Hamburg sich verhalten habe, denn viele andere deutsche Städte hätten trotz des drohenden Krieges weiter Roma abgeschoben.

2.1.9 Besondere Themen

Asylrecht

Herr Kawczynski erklärte uns noch einmal die rechtliche Lage der Roma in Bezug auf das Asylrecht. Er machte uns auf die Problematik zweier parallel geltender Asylrechte aufmerksam und erklärte uns, dass viele Asylbewerber sich für das falsche Asyl bewerben und dadurch abgelehnt oder abgeschoben würden. Die Roma aus Jugoslawien hätten seiner Meinung nach ein Recht auf Asyl gehabt, da sie belegbar rassisch verfolgt wurden, doch stattdessen sei ihnen vorgeworfen worden, das Asylrecht zu missbrauchen. Seiner Meinung nach kann man „[Menschen] nicht in diese Verfahren hineinzwängen ...“, denn mit diesen Kategorien werde man ihnen nicht gerecht.

2.1.10 Persönliches Fazit

Zum Interview

Herr Kawczynski war sehr offen und engagiert. Wir trafen ihn im Büro der RCU und erhielten sehr viele Informationen von ihm. Das Interview mit Herrn Kawczynski hat uns beeindruckt, da er einen besonderen Bezug zur Besetzung hatte und uns seine Erinnerungen sehr lebendig schilderte. Herr Kawczynski zeigte uns, dass er mit ganzem Herzen dabei war. Überraschend war für uns, dass unser Fragenkonzept nicht immer zu dem roten Faden passte, den Herr Kawczynski verfolgte. Es wurde uns klar, dass er ein ganz eigenes Bild und eine Herangehensweise an das Thema hatte, die wir so nicht vorausgesehen hatten. Wir stellten fest, dass wir uns zunächst in seine Perspektive hinein versetzen mussten, um tiefer in die Thematik eintauchen zu können.

6 Klinkerwerk Neuengamme

Da wir zum Zeitpunkt des Interviews noch am Anfang unserer Arbeit standen, ergaben sich im Laufe unserer weiteren Recherche noch einige Fragen, weshalb wir Herrn Kawczynski baten, sich noch einmal mit uns zu treffen. Er war sehr hilfsbereit und traf sich mit uns in der KZ Gedenkstätte, um uns vor Ort die Gegebenheiten der Besetzung zu zeigen. Wir konnten alle unsere

Fragen an ihn klären und stellten fest, dass das gegenseitige Verständnis sehr viel einfacher war als bei unserem ersten Treffen.

Besonders positiv ist uns aufgefallen, dass Herr Kawczynskis Überzeugung für die eigene Sache ihm nicht den Blick verstellte für eine faire und differenzierte Sicht auf die anderen Beteiligten in dem Konflikt. So begegnete er z.B. den Vertretern von Polizei und Politik mit Verständnis und z.T. sogar Anerkennung und äußerte sich nicht abwertend oder verallgemeinernd über die anderen Konfliktparteien.

Es war eine besonders wichtige Erfahrung, persönlich mit einem Roma über die Begebenheiten sprechen und von seinen Erfahrungen aus erster Hand profitieren zu können.

Ergebnisse

Herr Kawczynski verfolgte mit der Besetzung des ehemaligen KZs Neuengamme ein klares Ziel: die Abschiebung von etwa 2000 Roma-Familien zu verhindern. Dabei ging es ihm um eine Verhandlungslösung, da er Gewalt grundsätzlich ablehnt. Er machte uns darauf aufmerksam, dass solche Aktionen einmalig sein müssten, sie seien nur ein Mittel zum Zweck.

Über die Aktion hinaus ist es Herrn Kawczynski wichtig, in der Gesellschaft ein Bewusstsein für die Situation der Sinti und Roma zu schaffen, um Vorurteile abzubauen und ein besseres Miteinander zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, sei es wichtig, auch in der Schule über dieses Thema zu informieren und zu sprechen.

Eine wichtige Erkenntnis aus dem Interview war für uns, wie viel Arbeit im Hintergrund auf der Organisations- und Verhandlungsebene von den Verantwortlichen geleistet wurde, um über die öffentlichkeitswirksame Besetzung hinaus die gesetzten Ziele zu erreichen.

2.2 Zusammenfassung des Interviews mit Pastor Arndt am 09.12.2014

2.2.1 Zur Person

Christian Arndt war von 1979-1998 Pastor der Altonaer Friedenskirche in St. Pauli. Von 1998 - 2003 war er Teil des Projekts „Kirche und soziale Stadtteilentwicklung“ im Schanzenviertel.

7 Christian Arndt, 2012

Als die Gedenkstätte Neuengamme am 2. Oktober 1989 geräumt wurde, gewährte Herr Arndt den Sinti und Roma in der Altonaer Friedenskirche Kirchenasyl, nachdem die Besetzer zum Rathaus gezogen waren. Damals kam er erstmals direkt mit der Besetzung in Kontakt, obwohl er sich bereits vorher für ein Bleiberecht der Roma ausgesprochen hatte. Außerdem engagierte er sich in der sehr aktiven Initiative-Bleiberecht, die damals schon seit über einem Jahr bestand. Die Initiative sammelte Unterschriften, schrieb Briefe an

die Verantwortlichen und organisierte bereits vor der Besetzung der Gedenkstätte Demonstrationen, auf denen u.a. Herr Arndt sprach.

2.2.2 Allgemeine Situation der Sinti und Roma 1989 in Hamburg

Dass 1989 ebenfalls viele Flüchtlinge aus der DDR nach Hamburg kamen, sei als Argument gegen die Roma verwendet worden. Viele seien der Meinung gewesen, dass zuerst die Deutschen untergebracht werden müssten, für die schon nicht genug Platz vorhanden sei. Sie meinten, dass die Roma ihnen den Wohnraum wegnehmen würden, nicht arbeiten sondern nur Sozialhilfe wollten und „krumme Geschäfte" machen würden, was sehr verbreitete Vorurteile gewesen seien. Auf diese ablehnende Stimmung in der Bevölkerung hätte sich der Senat stützen können.

2.2.3 Die Besetzung

Die Besetzung der Gedenkstätte hätte die Rom & Cinti Union organisiert. Herr Arndt erzählte, dass sich auf dem Gelände ein Gefängnis für Jugendliche befand. Die Besetzer hätten sich Neuengamme ganz bewusst für die Besetzung ausgesucht, da dort im Nationalsozialismus unzählige Sinti und Roma ermordet wurden. Es sollte sich um einen symbolischen Akt handeln, „nach dem Motto: wir gehen dahin zurück". An der Besetzung seien ganze Familien beteiligt gewesen.

Allgemeiner Ablauf der Besetzung, Räumung und Kirchenasyl

Herr Arndt konnte zum Ablauf der Besetzung selber nicht viel sagen, da er erst nach der Räumung am 2. Oktober beteiligt war. Er hatte gerade ein Interview mit einer Journalistin über seine politischen Aktivitäten geführt, als er durch einen Anruf erfuhr, dass Neuengamme geräumt würde. Als er zusammen mit der Journalistin nach Neuengamme fuhr, sei ihnen ein Zug mit mehreren 100 Roma und ihren Unterstützern entgegen gekommen und von dort aus bis vor das Rathaus gezogen. Die Bannmeile um das Rathaus wäre in Höhe der Bergstraße/Ecke Mönckebergstraße abgesperrt gewesen. Dort hätten die Roma am späten Nachmittag auf der Straße eine Sitzblockade veranstaltet. Sie hätten nur bei sich gehabt, was sie am Körper oder in den Händen trugen. Alle Beteiligten seien ratlos gewesen, wie es weiter gehen solle. Daraufhin habe Herr Arndt im Rathaus mit einigen ihm bekannten Abgeordneten der GAL Fraktion und mit mehreren Senatsvertretern gesprochen. Man habe verlangt, dass die Roma den Platz verlassen sollten, da sonst eine polizeiliche Räumung des Platzes und die Festnahme der Roma drohe. Deswegen habe er ohne Rücksprache mit Gemeindevertretern beschlossen, dass die Sinti und Roma eine Nacht im Gemeindehaus der Friedenskirche bleiben könnten. Die Polizei sei damit einverstanden und teilweise sogar erleichtert gewesen, weil sie nicht erneut räumen mussten.

Es hätte sich schnell herausgestellt, dass die Sinti und Roma länger als eine Nacht bleiben würden. Letztlich lebten 150 - 180 Menschen unterschiedlichen Alters für vier Wochen im

Gemeindehaus und mussten dort versorgt werden. Herr Arndt erinnerte sich, dass viele Dinge bedacht werden mussten. Es sei z.B. eine Spendenaktion organisiert worden und viele Freiwillige aus dem Stadtteil hätten bei der Organisation und Versorgung geholfen. Die Kirchenleitung dagegen habe jegliche Unterstützung z.B. durch Essensversorgung abgelehnt. Dieses aus seiner Sicht unchristliche Verhalten hatte Herr Arndt auch in einem Interview mit der TAZ kritisiert, was ihn in einen schwerwiegenden Konflikt mit der Kirchenleitung brachte. Er sei zu einem „brüderlichen Gespräch" zum damaligen Bischof Krusche zitiert worden, der sogar von ihm verlangt habe, einzelne Roma davon zu überzeugen, Deutschland zu verlassen. Auch im Interview war Herr Arndt noch empört über diesen Widerspruch zur Bibel und den christlichen Grundwerten.

Herr Arndt berichtete außerdem von weiteren Demonstrationen auf dem Rathausmarkt für die Rücknahme des Abschiebebegehrens und ein Bleiberecht für die Roma.

Es gab viele Gespräche auf politischer Ebene, u.a. auch ein Treffen zwischen Herrn Arndt und dem damaligen Kultursenator Ingo von Münch. Zwei Wochen später erhielt Herr Arndt die Zusicherung, dass die Sinti und Roma vorerst nicht abgeschoben werden sollten. Die RCU hätte dem jedoch nicht getraut und weiterhin im Gemeindehaus bleiben wollen. Da die Nutzung des Gemeindehauses stark beeinträchtigt war, forderte ein Teil der Unterstützer, dass die Roma dieses wieder verlassen sollten. Dies sei der erste Konflikt gewesen, den es während des Aufenthaltes der Sinti und Roma in der Friedenskirche gegeben hätte. Am 31. Oktober seien die Sinti und Roma dann ganz überraschend in den Michel weitergezogen, ohne dass Herr Arndt darüber informiert worden war.

Wie er sich erinnerte, habe es etwas später noch einmal eine kurze und kleinere Besetzung der Gedenkstätte Neuengamme gegeben, die durch eine Einigung zwischen Rudko Kawczynski und dem Innensenator Werner Hackmann beendet werden konnte.

2.2.4 Reaktion der Bevölkerung

Laut Herrn Arndt habe die Bevölkerung weitestgehend ablehnend auf die Besetzung reagiert, denn es habe sehr viele Vorurteile und Vorbehalte gegenüber Sinti und Roma gegeben.

Er berichtete, dass die Nachbarschaft auf die Unterbringung der Roma in der Friedenskirche sehr negativ reagiert hätte. So habe er Drohbriefe[8] erhalten und sei am Telefon beschimpft worden. Es seien Befürchtungen geäußert worden wie: „Die werden uns beklauen, wir haben Angst auf die Straße zu gehen!". Auch die Gemeinde hätte das Kirchenasyl mehrheitlich abgelehnt. Diese Ablehnung habe zugenommen, je länger sich die Sinti und Roma im Gemeindehaus aufhielten. Herr Arndt vermutete, dass die Reaktionen bei Flüchtlingen aus der DDR anders gewesen wären.

[8] Siehe Anhang

2.2.5 Rolle der Presse

Die meisten Medien, insbesondere die „Springerpresse“, hätten sehr negativ über die Besetzung berichtet und mit ihrer Berichterstattung Druck ausgeübt. Es wäre deutlich geworden, dass diese die Besetzung verurteilten. Die TAZ Hamburg und die Hamburger Rundschau hätten zu Gunsten der Sinti und Roma über die Besetzung berichtet. Der NDR-Rundfunk, heute Hamburg Welle, habe differenziert berichtet und versucht, den Konflikt genauer zu benennen.

2.2.6 Rolle der Politik

Die GAL sei die einzige Partei in der Bürgerschaft gewesen, die ein Bleiberecht für die Sinti und Roma unterstützt hätten. CDU und SPD hätten die Abschiebung immer weiter betrieben und seien froh gewesen, dass Herr Arndt die Situation entschärfte. Die Landesregierung bestand damals aus SPD und FDP. Da die Verantwortung für die Besetzung bei dem Kultursenator Ingo von Münch (FDP) gelegen hätte, habe sich die SPD nicht zuständig gefühlt. Keiner habe zunächst den Mut gehabt, den Räumungsantrag zu stellen, bis schließlich Ingo von Münch die Räumung unterzeichnete.

2.2.7 Konsequenzen

Die Besetzung habe definitiv zu dem schließlich erteilten Bleiberecht beigetragen, da sie nicht nur eine bundes- sondern sogar europaweite Aufmerksamkeit erregt habe. Um dies zu erreichen, sei die Besetzung sinnvoll und nötig gewesen.

2.2.8 Besondere Themen

Motivation zur Unterstützung der Flüchtlinge

Herr Arndt hatte bereits 1984 eines der ersten Kirchenasyle in Hamburg an Flüchtlinge gewährt, denn seiner Meinung nach, dürften Menschen eigentlich nicht abgeschoben werden: Sie hätten das Recht, sich dort aufzuhalten, wo sie es für gut oder sinnvoll halten. Laut Herrn Arndt seien alle Grenzen künstlich und von Menschen geschaffen.

Ihm sei es wichtig gewesen, sich von den Erlebnissen der betroffenen Menschen berichten zu lassen, da man sich nur begrenzt in eine solche Situation hineinversetzen könne. „Es war einfach notwendig, dass ich mich da engagiere.“ Die Bibel sei ‚gerade sog. Fremden gegenüber, voll von Aufforderungen zur Toleranz wie z.B. „Und bedrücke den Fremdling nicht [...]“ (2.Moses 23:9)

2.2.9 Persönliches Fazit

Zum Interview

Herr Arndt war uns gegenüber sehr aufgeschlossen und hilfsbereit. Er brachte uns netterweise alle Zeitungsartikel mit, die er zu diesem Thema zusammengetragen hatte und bot an, uns in

unserer Schule zu treffen. Herr Arndt hat uns zunächst von seinen Erinnerungen an die Besetzung erzählt und ist im Anschluss auf all unsere Nachfragen eingegangen.

Ergebnis

In diesem Interview haben wir besonders viel über das von Herrn Arndt gestellte Kirchenasyl erfahren, und uns sind die Zusammenhänge zwischen der Besetzung und dem Kirchenasyl noch einmal deutlicher geworden. Herr Arndt half uns, die Besetzung aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, denn sein Engagement und seine Hilfeleistung waren nicht in erster Linie politisch, sondern religiös motiviert. Besonders beeindruckt hat uns die Tatsache, dass er für seine Überzeugungen einstand, sie in die Tat umsetzte und dafür auch unangenehme Folgen in Kauf nahm.

2.3 Zusammenfassung des Interviews mit Dr. Detlef Garbe am 13.01.2015

2.3.1 Zur Person

Am 2.10.89 trat Herr Garbe seine Stelle als Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme an. Hierbei handelte es sich um den Tag der Räumung. Er ist von Beruf Historiker und beschäftigt sich mit der Geschichte der Konzentrationslager, des Nationalsozialismus allgemein und mit dessen Aufarbeitung.

8 Dr. Detlef Garbe, 2015

1982 stieß Herr Garbe zu einem Projekt, das sich mit der Aufarbeitung der Verfolgung von Minderheiten im Nationalsozialismus beschäftigte. Bis dahin seien nur religiöse und politische Gegner/Opponenten der Nazis Thema in der Gesellschaft und Forschung gewesen. Nun sollten auch auf bisher vergessene Opfer des 3. Reichs aufmerksam gemacht werden und die Aufarbeitung zusammen mit Vertretern aus den betreffenden Gruppen durchgeführt werden. So kam Herr Garbe mit der RCU und somit auch mit Rudko Kawczynski erstmals in Kontakt. Darüber hinaus war er Teil einer Organisation, die sich für die Erhaltung und Instandsetzung des ehemaligen KZs Neuengamme einsetzte und hatte dort schon als Student gearbeitet.

2.3.2 Allgemeine Situation der Sinti und Roma in Hamburg 1989

Als wir nach der allgemeinen Situation der Sinti und Roma in Hamburg 1989 fragten, betonte Herr Garbe, dass Sinti und Roma damals ganz klar Außenseiter gewesen seien. Auch wenn der Grad der Ausgrenzung bis heute abgenommen habe und sich damit auch die politischen Rechte der Sinti und Roma verbessert hätten, bestünden immer noch viele der alten Vorurteile. Dies führt Herr Garbe auf eine lange „Tradition von Vorurteilen“ zurück. So hätte nicht nur das Bewusstsein über die Verfolgung der Sinti und Roma gefehlt, sondern die Vorurteile wären teilweise durch die Justiz gerechtfertigt und unterstützt worden. So seien z.B. in einem Beschluss des Bundesgerichtshofes aus den 1950er Jahren nur die Deportationen als rassis-

tisch eingeordnet worden, wohingegen die Festschreibungen, Enteignungen und das Gründen von sog. „Zigeunerlagern“ als kriminalpräventiv und somit rechtlich verantwortlich erklärt wurde. Der Völkermord an den Sinti und Roma sei erst in den 90er Jahren anerkannt worden, wodurch sich auch langsam der politische Status der Sinti und Roma verbessert habe. Daran sehe man, wie tief Vorurteile wie „Zigeuner stehlen“ und ähnliches in der damaligen Gesellschaft verankert gewesen seien. Er betonte, dass es selbstverständlich Ausnahmen auf beiden Seiten gegeben habe. So seien einige Sinti und Roma bereits sehr gut integriert und einige Menschen ihnen gegenüber sehr offen gewesen. Doch bestätigten sich auch einige der Vorurteile gegen Sinti und Roma, denn aufgrund von ärmlichen Verhältnissen waren diese oft gezwungen, durch Betteln ihre Existenz zu sichern. Hierbei handelte es sich größtenteils um Roma, die aus Osteuropa kamen und auch nach Abschiebungen illegal zurück nach Hamburg kehrten. Andere Sinti und Roma lebten hingegen schon seit vielen Jahren oder Jahrzehnten in Hamburg.

Herr Garbe berichtete, dass trotz der ablehnenden Haltung in der Bevölkerung einige Teile der Kultur wie die sog. „Zigeuner-Musik“ und bestimmte Dienstleistungen wie die fahrenden Scherenschleifer sehr geschätzt wurden und eine gewisse Faszination hervorgerufen hätten.

Nach einigen Auseinandersetzungen hätten die Sinti und Roma schließlich doch Entschädigungsleistungen bekommen, wobei sie allerdings oft „über den Tisch gezogen“ worden seien, da ihnen die eigenen Rechte nicht klar gewesen wären. Die hohe Zahl der Analphabeten war ein weiteres Problem, da die zu unterschreibenden Verträge teilweise nicht vorher gelesen werden konnten.

Doch wäre die Ausgrenzung nicht einseitig gewesen. Laut Herrn Garbe hätten die Sinti und Roma durch ihr abgrenzendes Verhalten, ihre autoritären Strukturen in den Familienverbänden, die strengen Traditionen und ihren sehr engen sozialen Zusammenhalt auch selber zu ihrer Sonderrolle beigetragen. Dies könne aber nicht die gesellschaftliche Ausgrenzung rechtfertigen.

2.3.3 Gründe für die Besetzung

Herr Garbe erklärte uns, dass verschiedene Gruppen unterschiedliche Ziele mit der Besetzung verfolgt hätten. So habe die RCU als leitende Gruppe der Besetzung vor allem das Ziel gehabt, eine Lösung für die Familien zu finden, die von der Abschiebung bedroht gewesen wären. Die „Initiative für Bleiberecht“ habe die Problematik hingegen auf eine politische Ebene heben wollen. Beide Gruppen waren sich jedoch darüber einig, dass die Forderungen eines dauerhaften Bleiberechts der bedrohten Roma berechtigt und richtig seien.

2.3.4 Die Besetzung

Herr Garbe berichtete, dass die Rom und Cinti Union die Besetzung geplant und geleitet habe. Allerdings wäre diese von der Initiative für Bleiberecht unterstützt worden. Auch bei der GAL und den Kirchen hätte die Besetzung Unterstützer und Sympathisanten gefunden.

Auch wenn Herr Garbe den Forderungen der RCU grundsätzlich zustimmte, war er sich doch nicht sicher, ob er die Besetzung der KZ-Gedenkstätte als Mittel richtig fand. Einerseits konnte er die Besetzung als politische Besetzung und als Erinnerung an den Wiedergutmachungsanspruch der Sinti und Roma nachvollziehen. Andererseits beschrieb er, wie sich ehemalige Häftlinge und Angehörige anderer Verfolgtengruppen beschwert hätten, da die KZ-Gedenkstätte in ihrer aufklärenden Funktion behindert und als Ort des Gedenkens gestört gewesen sei.

Allgemeiner Ablauf der Besetzung

Herr Garbe erinnerte sich noch genau, wie die Besetzung im Herbst 1989 stattgefunden habe.

Am Samstag, den 30.09.89 hätte Herr Garbe einen Anruf der Kulturbehörde erhalten, er solle gemeinsam mit dem Kultursenator, dem Staatsrat und einer Mitarbeiterin der Kulturbehörde das „Protestcamp“ in Neuengamme besuchen, da die Roma das Klinkerwerk besetzt hätten. Dies habe auch juristische Folgen gehabt, da das Klinkerwerk im Gegensatz zu dem Gelände am Stichkanal zur Kulturbehörde gehörte. Damals hätten nur das Dokumentenhaus und das ehemalige Klinkerwerk zur Gedenkstätte und damit zur Kulturbehörde gehört, das umgebende Gelände dagegen zum Bezirk Bergedorf. Dieser hatte sich für eine Duldung der Protestaktion entschieden, die Kulturbehörde war für eine Räumung des Lagers und konnte sich somit durchsetzen.

Am folgenden Montag, den 02.10.89 fand die Räumung des ehemaligen KZs statt. Danach seien die Mitarbeiter der Gedenkstätte dazu aufgefordert worden, das Gelände aufzuräumen und alles Zurückgelassene zusammen zu suchen. Auch hierbei hätte es noch große Auseinandersetzungen gegeben, denn es sei nicht klar gewesen, was Eigentum der Roma war und was nicht.

Erst im Nachhinein hatte Herr Garbe erfahren, dass es im Oktober geheime Gespräche zwischen Senator Hackmann und Herrn Kawczynski gegeben habe.

Am 09.11.89 hätte es dann eine geplante und genehmigte Protestaktion in der Gedenkstätte gegeben, die politisch sehr umstritten gewesen sei. Zwar wäre als Voraussetzung für die Genehmigung vereinbart worden, dass die Roma bei Ende der Aktion das Gelände verließen, doch sei nicht klar gewesen, ob es wieder zu einer Eskalation kommen würde. Aufgrund dessen sei auch Polizei aufgeboten worden. Diese Protestaktion hätte etwa 1000 Teilnehmerin-

nen und Teilnehmer gehabt, doch durch den Mauerfall am 9.11 „bröckelten“ immer mehr Protestierende weg, und so sei die Sache schließlich im Sande verlaufen.

Stimmung und Ereignisse während der Besetzung

Da Herr Garbe das Zeltlager nur ein einziges Mal besucht hatte, konnte er sich an die Besetzung als solche nicht mehr so detailliert erinnern. Er meinte, dass zu Beginn der Besetzung etwas mehr Roma da waren, als zum Ende hin. Bei der Räumung seien es etwas 20 oder 30 Roma gewesen, vorher vielleicht hundert. Er erinnerte sich noch, dass das Lager am Stichkanal gewesen sei. Aufgrund der immer schlechter werdenden Wetterbedingungen seien dann einige Roma in den Westflügel des Klinkerwerks umgezogen, welcher zwar unbeheizt war, aber durch Wände und Dach einen gewissen Schutz vor dem Wetter bot.

Das KZ-Neuengamme wurde seiner Meinung nach gewählt, da die Roma davon überzeugt gewesen seien, dass das KZ ihr Ort sei, da ihre Vorfahren von Deutschen verfolgt worden und dort gestorben seien. Sie wollten darauf aufmerksam machen, dass es nicht sein könne, dass die Deutschen wieder anfingen, Roma zu deportieren. Man hätte versucht, der deutschen Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten und eine große Öffentlichkeit zu erreichen.

Räumung

Herr Garbe erzählte uns, dass er die Räumung selber nicht miterlebt habe, obwohl es sein erster Arbeitstag im ehemaligen KZ-Neuengamme war. Zum Anlass seines Amtsantrittes wären alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte zu einer Feierlichkeit ins Museum für Hamburgische Geschichte eingeladen worden. Über die geplante Räumung seien sie nicht informiert gewesen, weshalb sie erst durch Radio und Freunde von der polizeilichen Räumung erfuhren, was er als vollkommen unangemessen ansah. Auf seine Nachfrage hin rechtfertigte sich die Behörde damit, dass die Geheimhaltung zu Garbes eigenem Vorteil und Schutz gewesen sei, da er dadurch nicht in öffentliche Rechtfertigungszwänge geraten konnte. Herr Garbe sieht es nach wie vor als ein Täuschungsmanöver an.

Auch die Räumung an sich beurteilt er kritisch. Er konnte nicht nachvollziehen, dass man ein so hohes Risiko eingegangen sei. Keine Räumung sei ohne Gefahr und gerade mit diesen Menschen, für die so viel auf dem Spiel stand, hätte schnell etwas Schlimmes passieren können. So habe ein Roma gedroht sich anzuzünden, wozu es glücklicherweise nicht gekommen sei.

Durch Berichte von Bekannten, den Medien und von Kawczynski hatte Garbe den Eindruck gewonnen, dass die Polizei taktisch sehr durchdacht und schnell gehandelt habe. Einige Zeitungen hätten zwar von hartem Vorgehen berichtetet, trotzdem habe er nicht das Gefühl gehabt, dass die Räumung in der Durchschnittsbevölkerung negativ wahrgenommen oder abgelehnt wurde. Herr Garbe hatte seinerzeit Kontakte zu dem linken Umfeld, das die Besetzung „mit Sympathie begleitet“ habe. Aus diesem sei viel Kritik an der Räumung gekommen, wel-

che sogar so weit ging, dass von ihm gefordert worden sei, aus Protest gegen das Vorgehen der Politik seine neue Stelle in der Gedenkstätte sogleich zu kündigen. Als er Herrn Kawczynski diesbezüglich um Rat bat, habe dieser betont, dass weder die Gedenkstätte, noch die Polizei die Gegner des Protestes seien.

2.3.5 Reaktion in der Bevölkerung

Herr Garbe beschrieb die Reaktion der Hamburger Bevölkerung als eher negativ. So hätten sich z.B. Anwohner beklagt und es wäre den besetzenden Roma Diebstahl vorgeworfen worden. Auch sei bei der Räumung wenig Kritik von Seiten der Bevölkerung geäußert worden.

2.3.6 Rolle der Presse

Auf die Frage nach der Rolle der Presse antwortete uns Herr Garbe, dass die Meldungen sehr geteilt waren. So hätten der NDR und die TAZ vorwiegend kritisch der Abschiebung gegenüber berichtet. Andere Zeitungen und Sender hätten dagegen eine ablehnende Haltung gegenüber den Roma eingenommen.

2.3.7 Rolle der Politik

Laut Herrn Garbe seien vor allem die SPD und die FDP beteiligt gewesen, wobei die FDP eine etwas liberalere Position eingenommen habe als die SPD, welche davon überzeugt gewesen sei im Recht zu handeln. Sie begründete ihre unnachgiebige Haltung damit, dass der Staat durch illegale Aktionen, wie die Besetzung der Gedenkstätte Neuengamme, nicht erpressbar sein solle.

2.3.8 Besondere Themen

Verbesserung der Situation von Sinti und Roma

In unserem Gespräch mit Herrn Garbe war auch die Verbesserung der heutigen Situation von Sinti und Roma in Deutschland ein Thema. Er machte uns darauf aufmerksam, dass Vorurteile soziale Probleme seien, die sich entspannen würden, sobald die Situation der Sinti und Roma verbessert wäre. Auch sei eine Verbesserung der Umstände in den Herkunftsländern wichtig, denn eine Abschiebung würde sie auch heute noch in eine sehr kritische Lage bringen.

2.3.9 Persönliches Fazit

Zum Interview

Herr Garbe war ein freundlicher und interessierter Interviewpartner und ging sehr auf unsere Leitfrage ein. Er hatte sehr viele wichtige Informationen, Dokumente, Fernsehberichte und Tipps zu Ansprechpartnern für uns. Er zeigte sogar Interesse an dem Wettbewerb an sich.

Besonders beeindruckt hat uns, dass er sich noch so genau an Daten und Details erinnern konnte und er die Sachverhalte sehr differenziert dargestellt hat. Wir empfanden es als ein

ganz besonderes Interview, da Herr Garbe sehr persönlich und offen erzählte und gleichzeitig auch die anderen Perspektiven berücksichtigte. Wir haben Herrn Garbe als einen Zeitzeugen erlebt, der einerseits einen Blick von außen auf die Vorgänge werfen konnte, aber andererseits großes Verständnis für die Sache der Roma und Sinti aufbrachte.

Ergebnisse

Das Interview mit Herrn Garbe hat uns mehrere ergänzende Informationen zum Interview mit Herrn Kawczynski gegeben. Besonders interessant fanden wir die vielschichtigen Vorgänge der Behörden, z.B. in der Kulturbehörde und dem Bezirksamt Bergedorf.

Darüber hinaus konnte Herr Garbe besonderes gut den Zusammenhang zu den historischen Fakten der Verfolgung durch den Nationalsozialismus und dessen Aufarbeitung herstellen.

2.4 Zusammenfassung des Interviews mit Manfred Bublitz am 07.02.2015

2.4.1 Zur Person

Manfred Bublitz war der polizeiliche Einsatzleiter bei der Räumung der Besetzung 1989.

9 Manfred Bublitz und Heike Bublitz, 2015

Da Herr Bublitz schon seit seinem 15. Lebensjahr zur See gefahren war, entschloss er sich zur Wasserschutzpolizei zu gehen. Im Laufe seiner Karriere bei der Polizei bekleidete er viele verschiedene Positionen. Zur Zeit der Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme war er Polizeidirektor und Leiter der Schutzpolizeidirektion Süd, welche etwa 54% des Hamburger Staatsgebietes umfasste.

2.4.2 Allgemeine Situation der Sinti und Roma in Hamburg 1989

Herr Bublitz beschrieb, dass es „seit eh und jeh“ schon integrierte Sinti, wie z.B. die Familie Weiss gegeben habe, die seit Jahrzehnten in Deutschland gelebt hätten. Ein Großteil der Bevölkerung habe nicht gewusst, dass z.B. der berühmte Geiger Ötvös und andere bekannte Persönlichkeiten Sinti gewesen seien. Laut Herrn Bublitz hätte es damals sehr viele Vorurteile gegeben, denn „[die] Welt ist voller Vorurteile. Viele Menschen leben mit Vorurteilen, weil sie ihnen Verhaltenssicherheit geben“.

Die Polizei habe damals regelmäßig institutionalisierten Kontakt mit den Roma gehabt, wozu es eine Kontaktgruppe gab, der Manfred Bublitz angehörte. Es hätte oft Probleme mit Kleinkriminalität unter ihnen gegeben, da sie praktisch kein oder nur ein geringes Einkommen hatten. Dies betraf nicht nur vor kurzem eingewanderte Roma, sondern ebenso jene, die schon länger in Deutschland sesshaft gewesen seien. Die Roma hätten sich dabei von der Polizei oft ungerecht behandelt gefühlt. Andererseits habe es in der Folge von Wiedergutmachungszahlungen einige wohlhabendere Roma gegeben.

2.4.3 Gründe für die Besetzung

Herr Bublitz beschrieb, dass damals sehr viele Roma nach Deutschland gekommen seien, weil es in Rumänien, Bulgarien etc. sehr schlechte Lebensverhältnisse gab. Der Hamburger Senat habe sich geweigert, ihnen eine Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen. Um die Forderung nach einem dauerhaften Bleiberecht durchzusetzen, hätten die Roma die KZ-Gedenkstätte besetzt, da es dort zum einen ein großes freies Gelände gab, sie andererseits wegen der Verfolgung im Dritten Reich eine emotionale Nähe zu diesem Ort gehabt hätten.

2.4.4 Die Besetzung

Allgemeiner Ablauf der Besetzung

Herr Bublitz erinnerte sich, dass die Besetzung schon Monate gedauert habe, bevor geräumt wurde. Er erklärte uns, dass Rudko Kawczynski die Besetzung organisiert und geleitet habe, jedoch nicht immer vor Ort gewesen sei. Nach der Besetzung habe es eine zweite Demonstration auf dem Gerhard-Hauptmannplatz gegeben, bei der er Herrn Kawczynski angeboten hätte, zwei Krankenwagen bereitzustellen, da die Familienoberhäupter zuvor angeblich einen Hungerstreik durchgeführt hätten. Herr Bublitz beschrieb, dass überraschend viele Zuschauer bei der Demonstration anwesend gewesen seien, wodurch fast eine ausgelassene Stimmung geherrscht habe. Er berichtete auch, dass Gerüchte über eine geplante Festnahme aller demonstrierenden Roma nach der Demonstration kursiert hätten.

Stimmung und Ereignisse während der Besetzung

Herr Bublitz hatte das Protestlager mehrere Male besucht, weshalb er sich noch an einige Details erinnerte. So beschrieb er, dass sich ganze Großfamilien in dem Lager aufgehalten hätten. Er habe keine angespannte Stimmung wahrgenommen. Herr Bublitz verglich die Atmosphäre mit einem Ferien-Zeltlager. Bei einem Besuch habe er beobachtet, wie ein Besetzer versucht habe, Fische zu angeln. Herr Bublitz war sich bezüglich der Anzahl der Besetzer nicht ganz sicher, doch er schätzte die Zahl der Roma bei der Räumung im Klinkerwerk auf etwa 150 oder 200.

Räumung

Der Strafantrag und das Räumungsersuchen seien für Herrn Bublitz und seine Kollegen überraschend und unverständlich gewesen. Die Polizei Süd war nicht an einer Räumung interessiert, denn der Verbleib der Roma war völlig unklar und jede andere Unterbringung hätte die Probleme nur verlagert. Obwohl die meisten Polizisten der Räumung gegenüber kritisch waren, waren sie selbstverständlich bereit, die Anweisung auszuführen. Sein Vorgesetzter habe versucht, ihn bei einer Lagebesprechung davon zu überzeugen, vier Hundertschaften bei der Räumung einzusetzen. Es war die Zeit der Besetzung in der Hafenstraße, als es in Hamburg ständig Hausbesetzungen gab. Und es gab Lageanalysen, dass sich gewaltbereite Hafenstraßenbesetzer die Räumung zum Anlass für Krawalle machen könnten.

Aufgrund seiner Besuche in dem Protestlager sei sich Herr Bublitz jedoch recht sicher gewesen, dass die Roma nicht gewalttätig werden würden, und bestand darauf, nur eine Hundertschaft mitzunehmen, da er „[...] da keinen Kleinkrieg anfangen“ wollte und dass die Roma eine Beteiligung gewaltbereiter Störer ablehnten.

Ein Problem bei jeder Räumung sei, dass die Presse versuche, möglichst dramatische und skandalöse Berichte und Bilder zu veröffentlichen. So könne es leicht passieren, dass ein Polizist einer alten Dame aufhelfe, und es auf dem Bild so aussehe, als würde er sie schlagen. Um dies zu umgehen, startete Herr Bublitz die Räumung etwa eine Stunde früher, als in dem Einsatzbefehl angegeben. Damit die Presse von diesem „Trick“ nichts mitbekam, teilte Herr Bublitz die Änderung der Zeit ausschließlich dem Hundertschaftsführer mit, was dazu führte, dass bei der Räumung weder Presse, noch Herr Hackmann anwesend gewesen seien bzw. zu spät kamen.

Als die Polizei mit weniger als 100 Polizisten und damit – im Verglich zu den Besetzern - in der Unterzahl in Neuengamme ankam, hätte sie die Türen des Klinkerwerks von innen verschlossen vorgefunden. Nachdem sich die Roma geweigert hätten, das Gebäude freiwillig zu verlassen, habe die Polizei das große Holztor mit einer Kettensäge geöffnet. Herr Bublitz erinnerte sich, dass in dem Klinkerwerk vor einem Feuer ein alter Mann saß, der mit Selbstverbrennung drohte. Daraufhin sei Herr Bublitz selbst zu ihm gegangen und habe ihn aus dem Gebäude geführt. Nachdem das Feuer gelöscht worden sei, habe die Räumung des Gebäudes nur ca. 5 Minuten gedauert, weil die Roma das Gebäude freiwillig verlassen hätten. Herr Bublitz betonte, dass dies ein recht friedlicher Einsatz ohne Gewalt auf beiden Seiten gewesen sei, was für die damalige Zeit ungewöhnlich gewesen wäre. Nach der Räumung hätten die Roma mit Rudko Kawczynski beschlossen, zum Rathaus zu ziehen, weshalb Herr Bublitz eine Sperrung für die Straße von Billstedt Richtung Innenstadt veranlasste.

Ein weiteres Problem sei gewesen, dass niemand gewusst hätte, wo man die Besetzer nach der Räumung unterbringen sollte. Ein Vorschlag sei der Frascatiplatz in Bergedorf gewesen, was die Bezirksamtsleiterin allerdings abgelehnt habe. Man überlegte sogar, die Roma wieder zurück auf das Gelände der KZ-Gedenkstätte zu bringen. Die Polizei sei erleichtert gewesen, als die Friedenskirche in Altona anbot, einige der Roma aufzunehmen und ihnen Kirchenasyl zu gewähren.

Zwar waren die Pläne von Herrn Bublitz aufgegangen und die Räumung friedlich verlaufen, dennoch war Innensenator Hackmann sehr verärgert, über den veränderten Zeitplan nicht informiert worden zu sein.

2.4.5 Reaktion in der Bevölkerung

Die Reaktion der umliegenden Bevölkerung nahm Herr Bublitz als negativ wahr, da diese teilweise von den kampierenden Roma bestohlen worden wären. Er beschrieb, dass viele

Anwohner darauf gewartet hätten, dass Neuengamme geräumt wird. So hätten z.B. der Vorsitzende der Freiwilligen Feuerwehr und der Leiter des benachbarten EDEKA-Marktes ständig angerufen und nach der Räumung gefragt.

2.4.6 Rolle der Presse

Herr Bublitz erinnerte sich kaum noch an die Berichterstattung über die Besetzung, doch er hatte das Gefühl, dass es keine „böse Berichterstattung“ gegeben habe. Auch über die Räumung selbst habe es kaum Berichte gegeben, weil die Presse erst auf dem Gelände der Gedenkstätte erschienen, als die Roma bereits auf dem Weg zum Rathaus gewesen wären. Die Medien seien bei ihrer Berichterstattung allerdings darauf aus gewesen, möglichst exotische Szenen einzufangen.

2.4.7 Rolle der Politik

Die Rolle der Politik wurde in unserem Gespräch kaum behandelt, allerdings erwähnte Herr Bublitz, dass er erstaunt war, dass gerade der liberale Zweite Bürgermeister Ingo von Münch auf der Räumung bestanden hätte.

2.4.8 Gab es Konsequenzen?

Herr Bublitz hatte nicht das Gefühl, dass die Besetzung irgendwelche Konsequenzen gehabt hätte. Er beschrieb, wie das Gelände der Gedenkstätte relativ schnell wieder hergerichtet worden wäre und zu einer voll funktionierenden Gedenkstätte ausgebaut wurde.

2.4.9 Besondere Themen

Regelung bei Räumung

Der Sachverhalt spielte sich in der Zeit ab, als es in Hamburg ständig Hausbesetzungen gab. Die Innenbehörde und der Senat hatte eine Handlungsanweisung für solche Fälle verfügt. Danach wurde die Polizei nicht eigeninitiativ tätig, z B. mit einer Räumung. Diese fand nur statt, wenn der Eigentümer oder Besitzer einen Strafantrag stellte und um Räumung ersuchte.

Aktuelle Situation der Sinti und Roma

Herr Bublitz betonte, dass dieses ein „weites Feld“ wäre. Ein Kernproblem sei, das die „klassischen Zigeuner“ nicht mehr existierten. Viele Sinti und Roma seien mittlerweile sesshaft geworden, hätten sich regionalisiert und seien weitgehend integriert. Aber Herr Bublitz betonte auch, dass die Zustände in vielen östlichen Ländern wie Rumänien immer noch sehr schlecht seien und dass Roma vielfach Diskriminierung ausgesetzt seien, was den Wunsch nach einem anderen Leben in einem anderen Land verständlich mache. Es müsse aber auch erwähnt werden, das Roma zumindest in jener Zeit deutlich kriminogener waren, als die Bevölkerung schlechthin.

2.4.10 Persönliches Fazit

Zum Interview

Herr Bublitz war ein sehr offener Interviewpartner, berichtete lebendig von den Ereignissen und war daran interessiert, wie die anderen Parteien diese wahrgenommen hatten. Dabei hatte er immer noch ein paar amüsante Anekdoten parat, so dass das Interview sehr viel Spaß gemacht hat.

Ergebnisse

Herr Bublitz hatte die Räumung noch gut im Gedächtnis und konnte uns viele Details nennen. Durch ihn konnten wir die Perspektive der Polizei besser nachvollziehen. Da er in die Besetzung selbst nicht direkt involviert war und sie nur einige Male besucht hatte, konnte er uns auch den Blick einer eher unbeteiligten Person vermitteln.

Besonders beeindruckend war für uns, wie gut Herr Bublitz die Situation eingeschätzt hatte, bevor er räumen musste, und wie ruhig und überlegt er sie durchgeführt hat.

2.5 Stellungnahme von Ingo von Münch vom 18.02.2015

2.5.1 Zur Person

Ingo von Münch ist Politiker, Jurist und Professor für Verfassungs- und Völkerrecht. Von 1987 bis 1991 war er Hamburgs zweiter Bürgermeister, sowie Wissenschafts- und Kultursenator, weshalb die Verantwortung für die Besetzung und die Räumung in seinen Bereich fiel.

Da wir mit Herrn von Münch kein Interview führen konnten, schrieb er uns netterweise eine Stellungnahme, die wir so übernommen haben:

2.5.2 Erinnerung an die Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Vorbemerkung

Die nachfolgende Erinnerungsskizze betrifft einen Vorgang, der inzwischen rund 25 Jahre zurückliegt. Ein solcher Zeitablauf bleibt erfahrungsgemäß nicht ohne Einfluss auf eine Rückschau. Jedoch habe ich mich bemüht, mein Erinnern an jenen Vorgang so genau wie irgend möglich zu schildern.

I.

Im Herbst 1989 sah sich die Freie und Hansestadt Hamburg mit einem speziellen Problem konfrontiert: Eine größere Zahl von Roma und Sinti begehrte ein Bleiberecht in der Stadt. Der Senat der FHH sah sich aus mehreren Gründen nicht in der Lage, diesem Begehren stattzugeben. Um ihr Begehren durchzusetzen, besetzten - nach meiner Erinnerung -100 Roma und Sinti ein größeres Gebäude der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (wenn ich hier und im folgenden von „Roma und Sinti“ spreche, muss ich den Vorbehalt machen, dass ich heute

nicht mehr genau sagen kann, ob sowohl Roma als auch Sinti an der Besetzung beteiligt waren). Die Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme musste zwangsläufig zu der Frage führen, ob – und wenn ja: wie – die Stadt auf diese Situation reagieren sollte. Klar war jedenfalls, dass es sich bei der Besetzung der Gedenkstätte um eine absolut ungewöhnliche Situation handelte, deren Handhabung wegen der Herkunft der Besetzer ein besonderes Maß an Sensibilität und an geschichtlichem Verständnis erforderte.

II.

Zur Erörterung der Lage fand an einem Sonntagvormittag (an das genaue Datum kann ich mich nicht mehr erinnern) im Rathaus eine Gesprächsrunde im Büro des Zweiten Bürgermeisters statt, dies deshalb, weil der Erste Bürgermeister, Dr. Henning Voscherau, sich zu jenem Zeitpunkt zu Gesprächen im Zusammenhang mit der Bewerbung Hamburgs als Sitz des Internationalen Seegerichtshofes in New York befand. Teilnehmer der Gesprächsrunde waren nach meiner Erinnerung jedenfalls der damalige Innensenator Werner Hackmann, die damalige Senatorin für Bezirksangelegenheiten Elisabeth Kiausch, die damalige Bezirksamtsleiterin des Bezirks Bergedorf (d.h. dem Bezirk, in welchem die KZ-Gedenkstätte Neuengamme liegt) Christine Steinert, sowie ich in meiner Eigenschaft als damaliger Zweiter Bürgermeister und Kultursenator. Zu der Besprechung war kein Amtsträger der Polizei hinzu gebeten worden, weil den Gesprächsteilnehmern bewusst war, dass die Frage einer Räumung der KZ-Gedenkstätte von den Besetzern eine primär hochpolitische Entscheidung erforderte, die möglichst nicht mit polizeilichen Zweckmäßigkeitserwägungen verbunden werden sollte. Andererseits war klar, dass, wenn es zu einer Räumung kommen sollte, deren Durchführung in den Händen der dafür zuständigen Polizei zu liegen hatte.

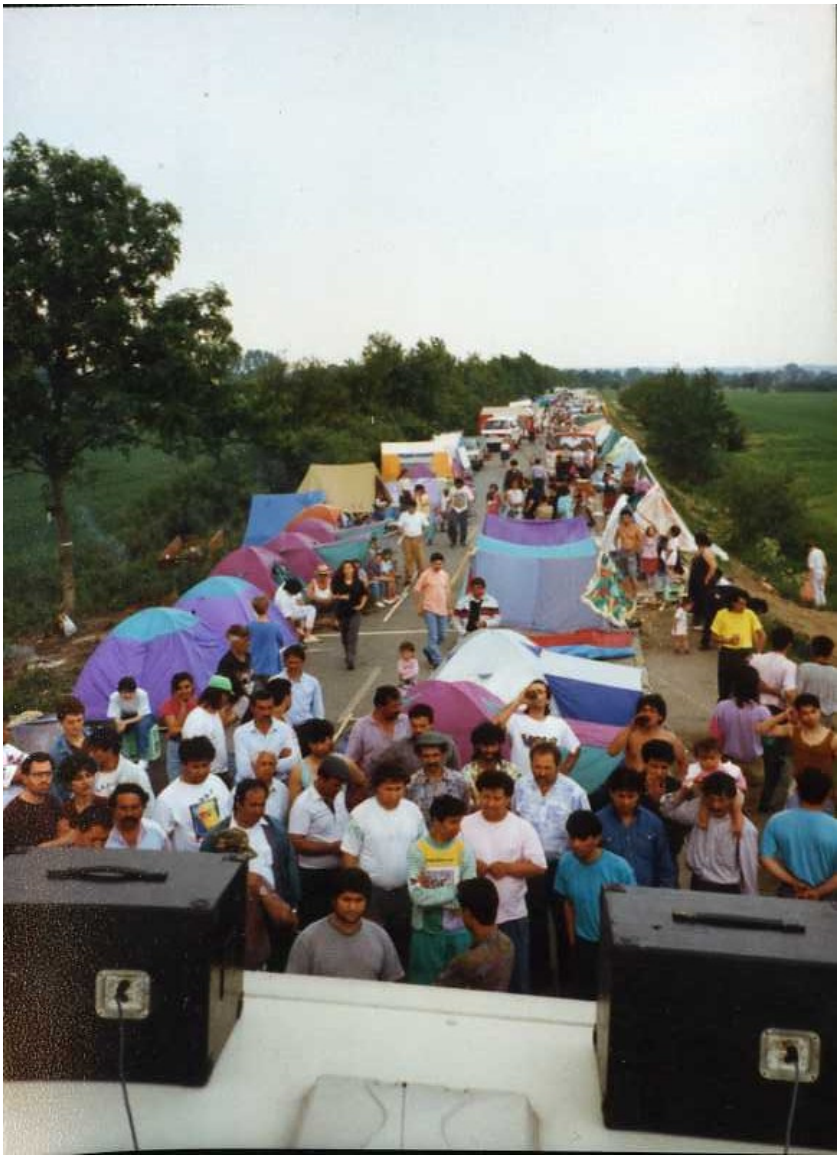
III.

In der Gesprächsrunde wurde m.W. kein Protokoll geführt. Ich meine mich jedoch mit Sicherheit daran zu erinnern, dass alle Gesprächsteilnehmer sich darüber einige waren, dass eine weitere fortdauernde Besetzung der Gedenkstätte nicht hinzunehmen sei. Auch ich habe diese Einschätzung geteilt, und zwar aus folgenden Gründen, die ich auch heute noch – also nach fast 25 Jahren – für richtig halte:

Eine KZ-Gedenkstätte wie die in Neuengamme ist nicht ein Ort wie jeder andere. Diese Gedenkstätte ist vielmehr ein Ort der Erinnerung an die Leiden der Opfer und an die an ihnen begangenen NS-Verbrechen. Dieser besondere Charakter der KZ-Gedenkstätte schließt eine Instrumentalisierung für tagespolitische Zwecke, die mit der NS-Gewaltherrschaft nichts zu tun haben, aus. Die Besetzung einer KZ-Gedenkstätte zu solchen tagespolitischen Zwecken ist ein Missbrauch des Demonstrationsrechtes. Eine Duldung solcher Besetzungen würde zudem einen Präzedenzfall für andere nicht zu duldende Zweckentfremdungen von KZ-Gedenkstätten schaffen. Die Achtung vor den Opfern, an die Gedenkstätten erinnern, muss dagegen oberstes Gebot sein.

IV.

Die Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ist bekanntlich nach der geschilderten Gesprächsrunde durch polizeiliche Räumung beendet worden, diese ohne jedes Blutvergießen. In meiner vierjährigen Amtszeit als Zweiter Bürgermeister und Wissenschafts- und Kultursenator von 1987 - 1991 hatte ich viele Entscheidungen zu treffen – zahlreiche relativ unwichtige und einige wichtige. Die Zustimmung zur Räumung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von den Besetzern war für mich nicht nur eine der schwersten Entscheidungen, sondern auch eine der mich menschlich besonders berührenden; denn es waren schließlich Roma und Sinti, die in der Zeit der NS-Gewaltherrschaft in Konzentrationslager verbracht und von denen viele dort ermordet wurden. Die Vorstellung, es wären bei der Räumung der Gedenkstätte Neuengamme Roma und Sinti zu Schaden gekommen, ist ein Alptraum, der glücklicherweise nicht Realität geworden ist. Für mich persönlich ist die Erfahrung unvergesslich, dass die Notwendigkeit, eine politische Entscheidung zu treffen, sehr bedrückend sein kann.



10 Demonstration von Sinti und Roma, 2003

3 Gesamtauswertung

3.1 Vergleich der Interviews und Zeitungsartikel

3.1.1 Situation 1989 in Hamburg

Alle unsere Interviewpartner (bis auf Herrn von Münch, der sich zu diesem Thema nicht äußerte) waren sich einig darüber, dass es 1989 sehr viele Vorurteile über Sinti und Roma gegeben hätte. Herr Kawczynski und Herr Garbe berichteten darüber hinaus, dass diese Vorurteile auch auf höherer Ebene verbreitet gewesen seien. Das habe u.a. auch daran gelegen, dass Ämter in den Behörden nach dem Zweiten Weltkrieg nicht neubesetzt und z.T. antiziganistische Urteile durch Gerichte gefällt wurden. Die Sinti und Roma seien von Behörden bei Wiedergutmachungszahlungen und Sozialhilfeansprüchen sehr benachteiligt worden.

Herr Arndt, Herr Garbe und Herr Kawczynski berichteten sehr wohlwollend über die Roma, auch wenn Herr Kawczynski darauf hinwies, dass selbstverständlich nicht alle Roma ohne Fehler seien, wie alle anderen Menschen auch. Herr Bublitz berichtete als einziger von einer erhöhten Kriminalitätsrate unter den Roma. Dies könnte Anlass für Vorurteile gewesen sein und bestehende Vorurteile bestärkt haben. Herr Garbe wies uns darauf hin, dass den Bürgern abgesehen von den Vorurteilen kaum etwas über die Roma bekannt gewesen sei, so auch die Verfolgung im Dritten Reich. Herr Arndt berichtete uns davon, dass DDR Flüchtlinge als wichtiger und sympathischer als die Roma angesehen wurden.

Interessant ist, dass in den Artikeln über die Besetzung und generell über Sinti und Roma aus der damaligen Zeit kaum etwas Konkretes über deren Situation in Hamburg oder Deutschland zu finden ist. Der Spiegel spricht in seinem Artikel „Die Erben der Opfer“ von etwa 1500 Sinti und Roma, die sich 1989 in Hamburg aufhielten, eine Zahl, die mit den Angaben der Stadt übereinstimmt. Im Gegensatz dazu berichtet die Hamburger Rundschau in ihrem Artikel „Zelte in Neuengamme“ von rund 2500 in Hamburg lebenden Roma.

3.1.2 Gründe für die Besetzung

Zu den Gründen für die Besetzung bestätigen sich die Aussagen aus Zeitungsartikeln und Interviews gegenseitig. Herr Kawczynski berichtete uns besonders ausführlich von den Umständen im ehemaligen Jugoslawien, in dem die Roma schon stark unter rassistisch motivierter Verfolgung litten, bevor der Jugoslawien Krieg in den 90er Jahren offiziell ausbrach. Er benannte außerdem die Gründe der RCU, deren Vorsitzender er ist, nämlich eine Lösung für die Flüchtlinge zu finden. Herr Garbe und Herr Arndt fügten hinzu, dass es noch eine zweite Organisation gegeben hätte, die sog. Initiative Bleiberecht, welche versuchte die Besetzung zu nutzen, um eine politische Diskussion und Verfassungsänderungen zu bewirken. Herr Bublitz stellte vor allem die schlechten Lebensbedingungen in vielen östlichen Ländern in

den Vordergrund. Herr Ingo von Münch schrieb, dass die Ablehnung der Asylanträge mehrere Gründe gehabt habe.

3.1.3 Die Besetzung

Unsere Interviewpartner erinnerten sich an sehr verschiedene Aspekte der Besetzung. So konnte uns Herr Kawczynski sehr anschaulich von der angespannten Stimmung während der Besetzung erzählen, wohingegen Herr Garbe sich besonders detailliert an den Ablauf erinnerte. Herr Arndt konnte uns viel zu der Zeit nach der Räumung berichten und Herr Bublitz hatte noch besonders genaue Erinnerungen an die Räumung. So konnten wir uns ein sehr gutes Gesamtbild von der Situation machen. Die meisten Aussagen deckten sich, doch es gab auch ein paar widersprüchliche Informationen.

So wurden die Zahlen der Besetzer sehr unterschiedlich angegeben. Auch bei den ungefähren Zahlen waren die Unterschiede so gravierend, dass hier ein deutlicher Widerspruch vorliegt. So berichtete Herr Kawczynski von bis zu 4000 Besetzern, wohingegen Herr Bublitz von etwa 150 sprach. Herr Garbe hatte etwa 100 Roma in Erinnerung, war sich jedoch nicht sicher. Sogar die Medien waren sich in diesem Punkt uneinig. Dort wurden Zahlen von 100 bis 600 angegeben.

Dies scheint für derartige Veranstaltungen aber nicht ungewöhnlich zu sein. Im Artikel von „blackandwhitenachrichten“ „Marsch gegen Rassismus und Diskriminierung für gleiche Rechte“ werden die unterschiedlichen Zahlenangaben als „politische Zahlen“ bezeichnet. „Zwischen Staat und Selbstorganisation ist allgemein festzustellen, dass staatliche Verwaltungen zu niedrigen Angaben tendieren, während Roma-Organisationen zu hohen Angaben neigen. Es handelt sich jeweils um „politische Zahlen“. Staatliche Zählungen sind durchweg nicht zuverlässiger als die Angaben von Selbstorganisationen oder von NGOs”[9].

Interessant war auch, dass Herr Bublitz die Stimmung als eher locker wahrgenommen hat, wohingegen Herr Kawczynski sie als sehr angespannt beschrieb. An diesem Beispiel ist sehr gut zu erkennen, wie die verschiedenen Perspektiven dieselbe Situation unterschiedlich wahrnehmen. Wir könnten uns vorstellen, dass Herr Bublitz als Polizist schon viele Besetzungen, Räumungen und andere bedrohliche Situationen erlebt hatte, wodurch ihm diese Besetzung evtl. vergleichsweise normal und fröhlich vorkam. Auch die Presse (z.B. die Bergedorfer Zeitung) berichtete von Phasen, in denen die Stimmung im Lager gut und entspannt war, doch auch von jenen, wo das Wetter als schlecht und die Situation als unerträglich beschrieben wurde. Dahingegen war Herrn Kawczynski möglicherweise die drohende Abschiebung und die damit verbundene Lebensgefahr für die Roma präsenter, weshalb er die Stimmung als wesentlich angespannter empfunden haben könnte.

[9] https://blackandwhitenachrichten.wordpress.com/category/marsch-gegen-rassismus-und-diskriminierung-fur-gleiche-rechte/

Herr Arndt und Herr Garbe wiesen uns zuerst auf die Verbindung zu der Verfolgung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus in Bezug auf den Ort der Gedenkstätte. Herr Kawczynski stellte zwar auch eine Verbindung her, dies aber nur als Begründung dafür, dass die Roma ein Recht darauf hätten, sich auf dem Gelände der Gedenkstätte aufzuhalten und betonte, dass es nicht um ein politisches Statement ging, sondern nur darum das Bleiberecht für die Betroffenen zu erreichen. Herr Kawczynski sagte aber auch, es sei der einzige Ort gewesen, an dem sie sich willkommen gefühlt hätten.

Alle Interviewpartner waren sich einig, dass die Räumung friedlich verlief. Offenbar hatten sich sowohl die Besetzer als auch die Polizisten respektvoll und kooperativ verhalten und es habe kaum Auseinandersetzungen gegeben, abgesehen von einem Roma, der mit Selbstverbrennung drohte, sollte die Gedenkstätte geräumt werden. Glücklicherweise konnte die Situation schnell entschärft werden. Dass die Räumung so friedlich verlief, kam für viele, wie z.B. den Vorgesetzten von Herrn Bublitz, überraschend, nicht jedoch für Herrn Kawczynski und Herrn Bublitz. Interessant ist, dass im Gegensatz zu unseren Interviewpartnern die Presse sehr negativ über die Räumung berichtete und die Zahl der Polizisten wesentlich höher angab als Herr Bublitz.

In einigen Details unterschieden sich die Erinnerungen an die Besetzung. Aufgrund der unterschiedlichen Aussagen von Herrn Bublitz und Herrn Kawczynski konnten wir nicht abschließend klären, wer Herrn Adzovic im Endeffekt von einer Selbstverbrennung abhalten konnte.

Für Herrn Bublitz, Herrn Garbe und Herrn Arndt kam der Räumungsantrag sehr überraschend, denn wie wir in einem Artikel der Hamburger Rundschau lasen, hatte sich die Kulturbehörde Mitte September noch gegen eine Räumung ausgesprochen. Herr von Münch berichtete, dass die Räumung notwendig gewesen sei, um die Funktion der KZ-Gedenkstätte als Ort der Trauer und des Gedenkens zu wahren. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass laut Frankfurter Rundschau, nicht allzu lange vor der Besetzung, das Klinkerwerk versteigert werden sollte[10].

Neu für uns war, dass die Aktion mit der Räumung nicht beendet war, sondern durch das Kirchenasyl und eine weitere Besetzung fortgeführt wurde.

3.1.4 Reaktion in der Bevölkerung

Auffallend ist, dass Herr Kawczynski im Gegensatz zu Herrn Arndt, Herrn Garbe und Herrn Bublitz ein sehr positives Bild von der Reaktion der Bevölkerung auf die Besetzung hatte. Diese hatten die Reaktionen als überwiegend negativ wahrgenommen. So berichtete Herr Bublitz von Beschwerden aus der umliegenden Bevölkerung in Neuengamme und Herr Arndt

[10] Frankfurter Rundschau, 03.10.89, „Hamburger Regeln“

von Vorurteilen in der Nachbarschaft der Friedenskirche. Herr Garbe fügte noch hinzu, dass kaum Kritik an der Räumung geäußert worden sei.

Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen sind eventuell damit zu erklären, dass Herr Kawczynski vor allem die Reaktionen der Menschen miterlebt hat, die in das Lager gekommen sind um zu helfen. Die teilweise negative oder anteilnahmslose Haltung der Hamburger Bevölkerung, von der unsere anderen Interviewpartner sprachen, hatte er wahrscheinlich nicht so direkt zu spüren bekommen.

3.1.5 Rolle der Presse

Herr Kawczynski, Herr Garbe und Herr Arndt wiesen darauf hin, dass die Medien sehr geteilt berichtet hätten. Sie waren sich allerdings auch darin einig, dass die Mehrheit den Roma gegenüber eher ablehnend eingestellt war. Im Gegensatz dazu erinnerte sich Herr Bublitz weniger an negative Berichterstattung.

Auch wir haben wenig negative Berichterstattung in den Zeitungsartikel, die uns von Herrn Arndt und Herrn Kawczynski zur Verfügung gestellt wurden, gefunden. Allerdings war es schwierig, darüber hinaus Artikel zu finden, da viele Zeitungsarchive erst Mitte der 90er Jahre digitalisiert wurden.

3.1.6 Rolle der Politik

Herr Kawczynski betonte, dass keine Partei die Besetzung wirklich unterstützt hätte. Herr Garbe und Herr Arndt fügten noch hinzu, dass die GAL als einzige Partei in der Bürgerschaft ein Bleiberecht für Sinti und Roma befürwortet hätte.

Wie in der Frankfurter Rundschau geschrieben wurde, hätten die Hamburger Verantwortlichen den Besetzern eine „Instrumentalisierung“ der Gedenkstätte und den Missbrauch der „[...] kollektive[n] Scham der deutschen für ihre PR-Zwecke [...]“ vorgeworfen.[11] In der New York Times erklärte Ingo von Münch nach der Räumung, dass „[...] this was a situation in which every decision was wrong, but no decision was right”[12]. Er rechtfertigt sich, „But I believe there must be one taboo. A former concentration camp must never be misused for political demands by any group.”[13,14] Herr von Münch steht auch heute noch hinter seiner damaligen Entscheidung.

[11] Frankfurter Rundschau, 03.10.89, „Polizei räumte ehemaliges KZ“, 03.10.89
[12] In dieser Situation war jede Entscheidung falsch, aber keine richtig
[13]Aber ich glaube, dass es ein Tabu geben muss. Ein ehemaliges Konzentrationslager darf niemals, von wem auch immer, für politische Forderung missbraucht werden.
[14] The New York Times, 04.10.89, „Gypsy Protesters Driven From a Nazi Camp“

Laut der Hamburger Morgenpost habe es auch geteilte Meinungen im Senat gegeben. So habe z.B. die SPD Vorsitzende Traute Müller versucht, den Senat zu einer „großzügigeren Haltung zu bewegen“[15].

3.1.7 Konsequenzen

Alle unsere Interviewpartner berichteten uns, dass die Forderungen der RCU durchgesetzt wurden, wobei Herr Kawczynski noch einmal darauf hinwies, dass das Leben von bis 20.000 Menschen durch die Entscheidung des Hamburger Senats gerettet wurde.

In der Presse gab es kaum Berichte zu dem Kompromiss, der zum Ende der Besetzung führte. An demselben Tag, an dem die Lockerung der ursprünglich angedachten Abschiebepolitik verkündet wurde, fand nämlich auch der Mauerfall statt und drängte die Besetzung von Neuengamme in den Hintergrund des öffentlichen Interesses. Herr Kawczynski betonte, dass gerade deswegen das Verhalten von Senator Hackmann besonders lobenswert gewesen sei, denn durch die fehlende Öffentlichkeit wäre es ihm ein leichtes gewesen, die Vereinbarung nicht einzuhalten.

Noch offen geblieben ist die Frage, weshalb letztendlich geräumt wurde. Diese Frage beantwortete Ingo von Münch für uns in seiner Stellungnahme: Die Furcht vor Nachahmern sei in dieser Zeit sehr groß gewesen. Dies kann möglicherweise auf die häufigen Hausbesetzungen in den 80er Jahren zurück geführt werden. Aus diesem Grunde hätte der Senat versucht, konsequent zu bleiben und keine Besetzung eines Gebäudes länger als 24 Stunden zu dulden. Er war sehr erleichtert, dass die Räumung so friedlich von statten ging, denn auch er war sich der historischen Bürde bewusst, die mit dem Ort Neuengamme und den Sinti und Roma verbunden ist.

3.2 Beantwortung der Leitfrage

Was sollte mit der Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durch Sinti und Roma 1989 bewirkt werden, wie wurde darauf reagiert und wurden die Ziele der Besetzer erreicht?

3.2.1 Wodurch wurde die Besetzung hervorgerufen?

Die Besetzung war eine Protestaktion gegen die geplante Abschiebung von einem Großteil der Roma, die sich 1989 in Hamburg aufhielten. Viele Roma waren gerade zwischen 1986 und 1989 nach Deutschland gekommen, da sie unter den ethnischen Spannungen in Jugoslawien, die ein paar Jahre später in einem Bürgerkrieg eskalierten, zunehmend litten. Kritisiert wurde, dass Deutschland sowohl aus historischer Verantwortung als auch aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention den Roma Asyl hätte gewähren müssen.

Aber in Wirklichkeit reichten die Gründe der Besetzung tiefer, insbesondere wenn man den Ort der Besetzung bedenkt. Die Sinti und Roma wurden von den Nationalsozialisten aus ras-

[15] Hamburger Morgenpost, 03.10.89, „Polizei vertreibt 60 Roma“

sistischen Motiven verfolgt, in Konzentrationslager deportiert und umgebracht. Der Anteil an Opfern ist im Vergleich zu anderen verfolgten Gruppen besonders hoch. Trotz allem wurden diese Verbrechen erst sehr spät anerkannt und aufgearbeitet, weshalb das allgemeine Bewusstsein darüber in der Bevölkerung zum Zeitpunkt der Besetzung noch kaum vorhanden war.

Eine besondere Härte für die Sinti und Roma bestand auch darin, dass die rassische Verfolgung durch staatliche Stellen auch nach dem Krieg noch fortgesetzt wurde, z.B. durch spezielle Zigeunerlager, Weiterverwendung der nationalsozialistischen Akten, besondere Überwachungsmaßnahmen, praktisch keine Anerkennung in Wiedergutmachungsverfahren.

Zwar wurde der Völkermord an den Sinti und Roma wenige Jahre vor der Besetzung durch die jeweiligen Bundeskanzler offiziell anerkannt, neben juristischen Verbesserungen hatte der Staat aus dieser historischen Schuld jedoch noch keinerlei politische Konsequenzen gezogen. So galt für jüdische Einwanderer ein grundsätzliches Bleiberecht aufgrund der historischen Verantwortung, für Sinti und Roma jedoch nicht.

Dieser Gesamtzusammenhang veranlasste die Roma 1989 zu der Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

3.2.2 Wie wurde auf die Besetzung reagiert?

Bei dieser Frage muss man nach verschiedenen Gruppierungen differenzieren. Insgesamt sind die Reaktionen allerdings widersprüchlich:

Bevölkerung

So war die Meinung der Bevölkerung sehr geteilt. Einige Bürger der Stadt Hamburg waren aufgeschlossen, hilfsbereit und engagiert, doch auch außerhalb der rechten Szene war der Antiziganismus laut unseren Zeitzeugen zu jener Zeit noch sehr stark in der deutschen Durchschnittsbevölkerung verankert, einige Rechtsradikale beschimpften die Besetzer, verfassten Drohbriefe und übten sogar einen Brandanschlag auf die Wachen des Lagers aus.

Herr Garbe berichtete von den Nachbarschaftsbeschwerden während der Besetzung, es habe jedoch keine konkreten Anhaltspunkte für tatsächliche Vergehen der Roma gegeben. Die Beschwerden seien also in erster Linie ein Ausdruck von Vorurteilen gewesen.

In einer Pressemitteilung der RCU anlässlich eines Hungerstreiks im selben Jahr wurde berichtet, wie Roma in einem Café ohne erkennbaren Grund Plätze verwehrt wurden.[16]

Allerdings muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass laut unserem Interviewpartner Herrn Bublitz die Kleinkriminalität von Sinti und Roma im Allgemeinen in dieser Zeit ein reales Problem gewesen sei, was Vorurteile so immer wieder bestärkte.

[16] RCU, 1989: "Neue Informationen zum Hungerstreik in Neuengamme"

Politik

Die Politiker waren ebenfalls unterschiedlicher Auffassung, was Besetzung und Räumung betraf. So gab es viele Befürworter eines dauerhaften Bleiberechts für Sinti und Roma in der GAL, wohingegen der Senat, bestehend aus SPD und FDP, für eine Abschiebung war. Doch auch innerhalb der SPD gab es nicht nur Befürworter der Räumung. So seien Innensenator Werner Hackmann genau wie Bezirksamtsleiterin Christine Steinert (beide SPD) laut unseren Interviewpartnern eher gegen eine Räumung der Besetzung gewesen. Im Endeffekt setzte Kultursenator Ingo von Münch (FDP) die Räumung durch, wobei Innensenator Hackmann durch die intensiven Verhandlungen gleichzeitig eine Lösung ermöglichte, die beide Seiten zufriedenstellte.

Presse

Selbst die Presse schien sich bezüglich der Besetzung nicht einig zu sein. So berichteten einige Journalisten sehr wohlwollend, anderen merkte man laut unseren Zeitzeugen Herrn Kawczynski, Herrn Garbe und Herrn Arndt den noch sehr präsenten Antiziganismus an. Doch viele Zeitungen waren sich selbst nicht sicher, wie sie berichten sollten. Einerseits war die Verfolgung von Sinti und Roma während des Nationalsozialismus ein sehr sensibles Thema, andererseits waren Sinti und Roma journalistisch gesehen eher für exotische Schlagzeilen „geeignet“ als für eine „Mitleidskampagne“. Dies zeigte sich z.B. bei der Auswahl der Fotomotive für die Artikel (z.B. Bergedorfer Zeitung, 24.09.89, „Wir lassen uns nicht vertreiben“).

Ausland

Alle Berichte und Briefe aus dem Ausland zu diesem Thema waren der Abschiebung gegenüber sehr kritisch. Zu bedenken ist jedoch, dass vermutlich auch nur jene Briefe geschrieben haben, die schockiert und entsetzt von dem Verhalten des Hamburger Senats waren.

Die bisher geschilderten Pro und Contra Positionen traten sowohl in den politischen Diskussionen, den Medien und in der Bevölkerung deutlich zu Tage. Ein großer Anteil der Bevölkerung verhielt sich allerdings eher neutral gegenüber diesem Thema. Dies kann zum einen auf Desinteresse oder Uninformiertheit zurückgeführt werden. Zum anderen gab es eine weitere Einstellung, die z.B. unser Interviewpartner Herr Garbe vertrat. Er differenzierte zwischen Besetzung, Räumung und dem Anliegen der Roma. So konnte Herr Garbe die Wünsche und Forderungen der Roma gut nachvollziehen, sah das Mittel der Besetzung einer Gedenkstätte aber kritisch, ohne deshalb die Räumung zu befürworten. Auch Herr von Münch war sich der historischen Verantwortung den Roma gegenüber bewusst, doch er lehnte eine Besetzung einer KZ-Gedenkstätte für wie er es nannte „tagespolitische Zwecke, die mit der NS-Gewaltherrschaft nichts zu tun haben“ ab, weshalb er die Räumung anordnete.

3.2.3 Was sollte mit der Besetzung erreicht werden? Wurde es erreicht?

Die Besetzung hatte zwei Ziele:

1. die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die bedrohliche Lage der vor der Abschiebung stehenden Sinti und Roma aufmerksam zu machen und

2. ihre Abschiebung zu verhindern.

Die Besetzung eines so geschichtsträchtigen und schockierenden Ortes wie dem ehemaligen KZ Neuengamme erreichte ihr Ziel: die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit – und dies sogar international.

Dadurch wurden auch Verhandlungen mit dem Senat möglich. Diese Gespräche haben mit viel Verhandlungsgeschick beider Seiten tatsächlich zum Erreichen des zweiten Ziels geführt. Es wurde zwar kein generelles Bleiberecht für Sinti und Roma erzielt, aber alle Flüchtlinge, die bis zu einem bestimmten Datum, also einer „Deadline“, nach Hamburg gekommen waren, durften bleiben, d.h. alle, die an der Besetzung teilgenommen hatten und viele mehr. Herr Kawczynski sprach von etwa 2000 Familien.

3.3 Persönliches Fazit

Zunächst möchten wir noch einmal auf das Thema des diesjährigen Geschichtswettbewerbs „Anders sein – Außenseiter in der Geschichte“ eingehen. Ein Außenseiter ist für uns jemand, der von einer Gruppe ausgegrenzt wird bzw. durch sein Verhalten Ausgrenzung hervorruft. Wir finden allerdings, dass man die Begriffe „Minderheit“ und „Außenseiter“ nicht gleichstellen sollte, da Menschen, die einer Minderheit angehören zwar oft Außenseiter sind, dies jedoch nicht zwingend mit der Minderheit in Verbindung steht.

Für uns waren die Roma während der Besetzung 1989 in doppelter Hinsicht Außenseiter: erstens waren sie Teil einer Minderheit, der wenig Sympathie entgegengebracht wurde und zweitens werden insbesondere Hausbesetzer von unserer Gesellschaft oft als Außenseiter angesehen.

Das Hauptmerkmal, welches die Sinti und Roma in eine Sonderrolle brachte ist ihre Kultur, die für viele Deutsche sehr fremd ist. So kann kaum jemand nachvollziehen, wie man ohne Schrift zurechtkommt. Sehr fremd sind auch die autoritären Familienstrukturen und die frühen, vermittelten Heiraten. Aufgrund von Vorurteilen werden den Roma außerdem Eigenschaften wie verwahrlost, bildungsfern und exotisch zugeschrieben, die ebenfalls die negative Außenseiterrolle bestärken. Auch die Roma sahen sich laut unserem Interviewpartner Rudko Kawczynski als Außenseiter, wobei sie diese Rolle nicht selbst gewählt haben, sondern als eine Benachteiligung ansehen. So ist häufig ein Kreislauf aus Ausgrenzung und Selbstausgrenzung entstanden.

Im Laufe unserer Arbeit ist uns aufgefallen, dass eine Beurteilung der Besetzung weit über die Beantwortung unserer zu Anfang gestellten Leitfrage: Was sollte mit der Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durch Sinti und Roma 1989 bewirkt werden, wie wurde darauf reagiert und wurden die Ziele der Besetzer erreicht? hinaus geht. Diese beschränkte sich auf das klar eingegrenzte Anliegen der Besetzer, ein Bleiberecht für die Roma Flüchtlinge aus Jugoslawien zu erreichen, welche gerade erst nach Hamburg gekommen waren. Doch selbstverständlich hatten viele Faktoren auf diese Situation Einfluss, wie z.B. die Gründe der Flucht, die historischen Aspekte von Sinti und Roma in Deutschland und sowohl die juristische, als auch die Stimmungslage in Hamburg für die Sinti und Roma zur Zeit der Besetzung.

So flohen zu dieser Zeit besonders viele Menschen aus der DDR nach Westdeutschland. Viele deutsche Städte mussten diese Flüchtlinge aufnehmen. Gleichzeitig flohen viele Roma aus Jugoslawien, da es bereits damals unter starken ethnischen Spannungen stand. Viele Hamburger hatten das Gefühl, dass nicht mehr genügend Platz für weitere Flüchtlinge in der Stadt sei. Aufgrund von tiefsitzenden Vorurteilen gegen Sinti und Roma fiel die Entscheidung zwischen anderen „Deutschen“ und den Roma nicht besonders schwer.

Auch in den behördlichen Stellen, die die Asylverfahren bearbeiteten, gab es noch viele Vorurteile gegen Sinti und Roma, was dazu führte, dass häufig Belege für rassistisch motivierte Verfolgung in den Herkunftsstaaten nicht anerkannt wurden. Bei einer Abschiebung nach Jugoslawien hätte vielen Roma eine Gefängnisstrafe oder sogar Gefahr für Leib und Leben gedroht. Sie wären zwischen die Fronten des Jugoslawienkrieges geraten als eine Minderheit, die keinem der gegeneinander kämpfenden Völker zugehörig war.

Um sich gegen die Abschiebung zu wehren, sahen die Roma keine andere Möglichkeit, als die KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu besetzen.

Vor allem ehemalige Häftlinge des KZs und deren Angehörige, aber auch viele Hamburger übten Kritik an der Form dieses Protestes, da sich aus ihrer Sicht eine aufsehenerregende Besetzung nicht mit stillem Gedenken vertrage. Darüber hinaus habe sie die Funktion der Gedenkstätte, Besucher aufzuklären, eingeschränkt. Ingo von Münch sah auch die Gefahr, dass die Gedenkstätte von weiteren Gruppen für tagespolitische Zwecke ohne Bezug zum Nationalsozialismus missbraucht werden würde, wenn der Senat eine Besetzung dulden würde.

Auch wenn ein ehemaliges KZ ein besonders sensibler Ort ist, war dieses Mittel unseres Erachtens nach notwendig, um die nötige Aufmerksamkeit zu erreichen. Wir stimmen Herrn von Münch insofern zu, als dass eine KZ-Gedenkstätte kein Ort für politische Statements ist. Doch sehen wir bei der Besetzung der Sinti und Roma durch die Verfolgung dieser Minderheit während der NS Zeit einen legitimen Zusammenhang zu diesem Ort, denn im Gegensatz zu anderen Verfolgtengruppen wurde den Sinti und Roma erst wesentlich später und auch in geringerem Maße Entschädigung zugesprochen. Allerdings ist es auch verständlich, dass an-

dere Opfer des Nationalsozialismus oder deren Angehörige sich durch die Besetzung gestört fühlten. Auch den Roma war es wichtig, das Gedenken an die Verstorbenen zu ehren und Aufklärung zu fördern, weshalb sie keine Ausstellungsräume versperrten. Die Behörde beschloss hingegen aufgrund der Anwesenheit der Roma, das Dokumentenhaus zu schließen, sobald die Roma das Gelände besetzt hatten. Der Betrieb wurde also in geringerem Maße von den Roma behindert als es ihnen vorgeworfen wurde. Laut Herrn Kawczynski seien von den Roma sogar Ausstellungen organisiert worden, die zur Aufklärung beitragen sollten.

Eine weitere Folge der Besetzung war, dass die Öffentlichkeit auf die Gefängnisse auf dem Gelände aufmerksam gemacht wurde, welche im Grunde genommen die Funktionen der KZ-Gedenkstätte viel stärker beeinträchtigten als die Besetzung.

Besonders beeindruckend war für uns, dass die Besetzung insgesamt, ebenso wie die Räumung, sehr friedlich und ohne Übergriffe abgelaufen ist. Das war zu der damaligen Zeit nicht typisch, wenn man es z.B. mit der Besetzung der Hafenstraße vergleicht. Dabei waren die Flüchtlinge in einer noch verzweifelteren Lebenssituation. Unsere Interviewpartner waren alle aufgrund ihrer beruflichen Position (bzw. als Interessenvertreter) in den Konflikt involviert. Umso bemerkenswerter fanden wir es, dass Herr Arndt, der sich problemlos aus diesem Ereignis hätte heraushalten können, sich aus humanitären und religiösen Beweggründen für die Roma engagierte.

Häufig wird den Roma-Flüchtlingen aus Südosteuropa auch heute noch vorgeworfen, dass sie reine Armutsflüchtlinge seien, die nur schlechten Lebensbedingungen entkommen wollten. Mit solchen Argumenten wurden damals wie heute Abschiebungen begründet. Die meisten unserer Interviewpartner und Presseberichte wiesen dabei nicht nur auf die besondere historische Verantwortung der Deutschen hin, sondern auch auf die besonders starke Diskriminierung und Verfolgung, der die Sinti und Roma in Südosteuropa immer noch ausgesetzt sind. Aus diesen Gründen halten wir die Forderungen der Roma bei der Besetzung nach einem Bleiberecht für absolut legitim. Es ist ganz klar, dass sich die Roma in ihren Herkunftsländern in einer besonderen Außenseiterrolle befunden haben und drohten, zwischen die Fronten der nationalen Auseinandersetzungen zu geraten.

Aus unserer Sicht trifft das Thema „Außenseiter“ des diesjährigen Geschichtswettbewerbs in besonderem Maße auf die Sinti und Roma zu, denn in all unseren Quellen wurde ihre Außenseiterrolle bestätigt – in allen Ländern, zu allen Zeiten. (Bis auf eine Ausnahme: Während Titos Amtszeit in Jugoslawien - s.u.)

Die Roma sind schon immer auf der Flucht gewesen. Aus Indien flohen sie vor den griechischen Besetzern. Als sie im frühen Mittelalter nach Deutschland kamen, wurden ihnen die meisten Berufe verboten und sie durften sich nicht in den Städten niederlassen. Sie wurden von einem Ort zum anderen geschickt. Niemals hatten sie ein geografisches Zuhause. Hier

entstanden die meisten Vorurteile, die immer noch aktuell sind, wie z.B. „fahrendes Volk“, „unseriöse Berufe“, „Kriminalität“ und „Armut“.

Um sich vor der feindlichen Umgebung zu schützen, wandte man sich an die Familie, die der einzige Halt war, den man hatte. Dieses damals begründete Misstrauen gegen alle Fremden, wurde von Generation zu Generation weitergegeben, was es für die Roma aber auch erschwerte, mit ihrer Umgebung in Kontakt zu kommen und umgekehrt. Dies war zwar nicht die Ursache der Vorurteile, erschwerte es aber, diese zu überwinden. Es trug langfristig gesehen dazu bei, dass die Hamburger heutzutage kaum etwas über Sinti und Roma wissen oder Kontakte zu ihnen haben und so häufig auf Vorurteile zurückgreifen.

Diese historischen Einflüsse haben die Roma über Jahrhunderte hinweg zu dem gemacht, was sie heute sind. So betrachtet ist es verständlich, dass eine Veränderung auch bei einer veränderten Umgebung Zeit braucht.

Ein Faktor, der außerdem die Integration in die deutsche Gesellschaft erschwert, ist der hohe Anteil an Analphabeten unter den Sinti und Roma. Für Menschen mit einer Kultur, die über Jahrhunderte ohne Schrift auskam und hauptsächlich auf mündlicher Verständigung und Überlieferung basiert, ist eine Gesellschaft, für die Schrift ein zentraler Bestandteil des Alltags ist, fremd und voller unverständlicher Hemmschwellen. Dies kann leicht Misstrauen verursachen, da z.B. Verträge nicht überprüft werden können und auch alle anderen Informationen und Vereinbarungen auf Vertrauen beruhen. Gleichzeitig ist es für die aufnehmende Gesellschaft sehr schwer, sich in die Situation der Roma hineinzuversetzen. Diese unterschiedlichen Voraussetzungen und die Unkenntnis darüber führen häufig zu Fehleinschätzungen, z.B. bei dem Thema Schulbesuch. Diese Fehleinschätzungen bestätigen wiederum die Vorurteile, die in der Gesellschaft bereits vorhanden sind. Dabei besteht die große Gefahr einer selbsterfüllenden Prophezeiung, denn „man sieht, was man sehen will“ wie es ein Roma-Sprichwort ausdrückt. Es entsteht ein sog. „Teufelskreislauf“, aus dem man nur schwer wieder herauskommt.

Wie schwer, das kann man an der Studie der Antidiskriminierungsstelle sehen, die aufzeigt, wie viele Vorurteile gegen Sinti und Roma heute noch bestehen. Auch zeigt die Studie, dass es nach wie vor nur wenig persönliche Kontakte zu Sinti und Roma gibt. Erschreckend sind darüber hinaus die hohen Antipathie-Werte, die den Sinti und Roma zugeschrieben wurden. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die Herausgeber der Studie (ADS) ihre Ergebnisse anders interpretierten als die Wissenschaftler, die sie durchführten und so zu dramatischeren Ergebnissen kamen. Die Forscher distanzierten sich von dieser Vorgehensweise und kritisierten sie. Laut ihren Ergebnissen, seien Roma nur jedem fünften als Nachbar unangenehm, im Gegensatz zu der Aussage der ADS, dass jedem dritten Deutschen, Sinti und Roma in der Nachbarschaft unangenehm wären. An diesem Beispiel ist zu sehen, wie verschieden

Ergebnisse einer Studie dargestellt werden können, je nach dem, was erreicht werden soll. Sicherlich zeigen beide Auswertungen immer noch große Vorbehalte gegen Sinti und Roma. Wichtig ist jedoch auch, positive Entwicklungen wahrzunehmen.

So kann man in der Studie auch durchaus positive Aspekte sehen. Z.B. wurden zu hohem Anteil konstruktive Vorschläge für ein gutes Zusammenleben mit Sinti und Roma gemacht, wie z.B. verbesserte Integrationsangebote, freier Zugang zum Arbeitsmarkt und die Stärkung von Minderheitenrechten. Nur 22 % der Befragten sahen Abschiebung als Lösung für ein verbessertes Zusammenleben an, was schon eine deutliche Verbesserung zu 1989, dem Zeitpunkt der Besetzung, bedeutet.

Dass das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben zwischen Roma und ihrer Umgebung möglich ist, sieht man am Beispiel des sozialistischen Jugoslawien z.Zt. Titos. Da viele unserer Quellen die Roma als eine besonders bildungsferne Flüchtlingsgruppe beschrieben, waren wir sehr erstaunt, als Herr Kawczynski uns von hochgebildeten Roma in Jugoslawien erzählte. Doch Herrn Kawczynskis Aussage bestätigte sich in einem Artikel in dem Internetlexikon „freenet“, in der von einer „Roma Elite mit hoher Qualifikation“[17] gesprochen wird, die sich durch die besonderen Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten im sozialistischen Jugoslawien entwickeln konnte. Mit dem Zusammenbruch des Vielvölkerstaats fand diese positive Entwicklung abrupt ein Ende und die ehemals so gut integrierten Roma mussten wieder flüchten.

Uns fiel auf, dass die Problematik, ob Sinti und Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien Bleiberecht bekommen sollten, auch heute noch nicht gelöst ist. Der Kompromiss von 1989 zwischen Rudko Kawczynski und Innensenator Hackmann löste zwar den damaligen Konflikt, blieb aber situationsbezogen und damit einmalig. Es wurde eine Stichtagsregelung vereinbart, nach der jeder Roma, der bis zu einem bestimmten Tag in Hamburg angekommen war, ein Bleiberecht erhielt. Allerdings wurde keine Änderung im Asylrecht vorgenommen, die langfristig etwas verändert hätte.

So ergab sich vor kurzem für Roma-Flüchtlinge in Deutschland sogar eine Verschlechterung, als im September 2014 vom Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann und der Bundesregierung im Rahmen des „Asylkompromiss“ die Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden, auch wenn in diesen Ländern vor allem Roma stark diskriminiert werden. Im Gegenzug wurden den „Geduldeten“ auch einige Rechte anerkannt, welche allerdings sehr vage formuliert und dadurch sehr unverbindlich sind. Über diesen Entscheid brach eine heftige Diskussion in der Politik und auch der Öffentlichkeit aus. Viele Menschenrechtsorganisationen kritisierten den „Asylkompromiss“ stark, so schreibt

[17] http://lexikon.freenet.de/Roma_%28Volk%29

PRO ASYL: „Die Erleichterungen greifen viel zu kurz. Sie rechtfertigen niemals den von der grünen Landesregierung Baden-Württembergs ermöglichten Bruch mit den Grundprinzipien des Asylrechts: Der individuellen Asylprüfung als Kernstück des Asylverfahrens. Für die Flüchtlinge aus den als sicher etikettierten Staaten wird die Prüfung ihrer Fluchtgründe nun endgültig durch die Karikatur eines Asylverfahrens ersetzt.“[18]

In den Diskussionen wurde auch auf die historische Verantwortung gegenüber Sinti und Roma verwiesen, welche von der GAL schon 1989 im Zusammenhang mit der Besetzung angemahnt wurde: „ [...] im Blick auf die Ausrottungspolitik des NS-Regimes gegenüber den Zigeunern [...] und unter Hinweis auf die „weitestgehende Herausnahme der Zigeuner aus den Regelungen des Bundesentschädigungsgesetzes" [wird] die moralische Pflicht postuliert, allen hierhergekommenen Zigeunern das Bleiberecht zuzugestehen“[19]. Denn im Gegensatz zu Juden, müssen Sinti und Roma immer noch ein Standard-Asylverfahren durchlaufen.
Warum die Sinti und Roma nicht mit anderen Minderheiten gleichgestellt werden, die im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden, ist logisch nicht zu erklären, eventuell aber darauf zurückzuführen, dass Sinti und Roma nicht nur in Deutschland mit vielen Vorbehalten zu kämpfen haben, sondern eine Außenseiterstellung in der ganzen Welt innehaben. So war nach Ende des Zweiten Weltkrieges weder der Druck aus dem Ausland, noch ein eigenes Schuldbewusstsein zur Wiedergutmachung vorhanden. Hinzu kommt, dass die Verfolgung der Sinti und Roma erst relativ spät aufgearbeitet wurde, da noch sehr lange gravierende Vorurteile gegen Sinti und Roma herrschten. Auch wenn diese - wie schon erwähnt - heutzutage etwas abgenommen haben, gibt es immer noch viele Vorbehalte gegen diese Minderheit. Und auch wenn nach dem Zweiten Weltkrieg noch eine antisemitische Einstellung vorherrschte, war der Druck von außen groß genug, dass nach und nach Vorurteile bekämpft und schließlich Entschädigungen gezahlt wurden.

So konnte es dazu kommen, dass heute zum wiederholten Mal andere Flüchtlingsgruppen (z.B. afrikanische und syrische Flüchtlinge) den Sinti und Roma vorgezogen werden. Es war für uns schockierend zu erkennen, wie oft sich das tragische Schicksal von Verfolgung und Vertreibung der Sinti und Roma in der Geschichte wiederholt hat und dies teilweise bis heute tut.

Vorurteile gegen Sinti und Roma basieren vorwiegend auf Unwissenheit, gegen die auch heute noch kaum etwas durch die Politik unternommen wird. Unser Interviewpartner Rudko Kawczynski nannte es „ein schwarzes Loch über Sinti und Roma, das von den Medien und der Gesellschaft mit Falschinformationen gefüllt wird“. Auch wir hatten bei unserer Recherche Schwierigkeiten, Informationen über Sinti und Roma zu finden und zu erkennen, welche

[18] http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/sichere_herkunftstaaten_deal_auf_kosten_der_roma_fluechtlinge_im_kabinett_beschlossen/
[19] Frankfurter Allgemeine, 05.10.89, “Pastor Arndt ruft zu Widerstand auf“, 05.10.89

der Quellen wirklich seriös berichteten und welche nicht. Um das Wissen um die Sinti und Roma zu vergrößern, schlug Herr Kawczynski vor, die Volksgruppe der Sinti und Roma in den Schulen als Thema zu behandeln, als wir mit ihm zusammen die KZ-Gedenkstätte Neuengamme besuchten.

Im Zusammenhang mit diesem Ort erzählte er, dass Neuengamme für die Flüchtlinge aus Jugoslawien einem Zuhause am nächsten kam. Eine Bemerkung, die uns sehr zu denken gegeben hat. Das klang zunächst sehr schockierend, doch je länger wir uns mit dem Thema befassten, desto mehr konnten wir nachvollziehen, was wirklich dahinter steckte. Die Roma hatten nie ein geographisches Zuhause, ein „Heimatland". „Für uns stellt sich zuerst die Frage, wie lange ein Land deine Heimat ist und nicht, wo deine Heimat ist. Ich bin in Polen geboren, meine Kinder in Deutschland, mein Urgroßvater stammt aus Rumänien, meine Mutter ist in der Tschechoslowakei geboren, mein Vater in Rußland. Ich weiß nicht, wo ich morgen sein werde."[20], sagt Rudko Kawczynski in einem Interview mit der ZAG (antirassistische Zeitschrift). So wurde uns klar, dass, wenn sowohl das Herkunftsland als auch die aktuelle Umgebung als feindselig erlebt wird, die Stätte, an der Vorfahren starben, vielleicht tatsächlich der einzige Ort ist, an dem man sich willkommen fühlt.

„Keiner hat sich bis jetzt über uns interessiert. Keiner hat gefragt.", wird in dem Buch „Bei uns ist es so." von der Beratungsstelle Karola e.V. gesagt. Ohne es zu wissen hat eine der befragten Romni das Problem auf den Punkt gebracht, das viele Auseinandersetzungen zwischen Kulturen verursacht hat. Doch sehen wir die Verantwortung auf beiden Seiten. So müssten sich beide Seiten für einen Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen einsetzen und engagieren, um das beidseitige Misstrauen zu überwinden und die Vorurteile zu bekämpfen, welche oft aus Unwissenheit resultieren. Dies kann natürlich nicht nur durch persönlichen Einsatz erreicht werden, auch Veröffentlichungen wie die Broschüre von Karola e.V., die Studie der ADS, Medienberichte wie z.B. die Reportage über Sinti „Fremd im eigenen Land" des WDR[21] und, wie von Herrn Kawczynski vorgeschlagen, eine Einbindung des Themas in den deutschen Schulunterricht könnten, auch aus unser Sicht, einen großen Effekt haben.

Wir hoffen, mit der vorliegenden Arbeit einen Beitrag leisten zu können, dem Thema der Sinti und Roma in Deutschland mehr Beachtung zu schenken und das gegenseitige Verständnis zu verbessern.

[20] http://anti-ziganismus.de/artikel/roma-koennen-nicht-nach-jugoslawien-zurueckkehren/
[21] „Fremd im eigenen Land", WDR, 14.11.2014

4 Quellenverzeichnis

Literatur

„Bei uns ist es so.“ „Keiner hat sich bis jetzt über uns interessiert. Keiner hat gefragt“, Gespräche mit Roma-Frauen bei KAROLA e.V., Herausgegeben von KAROLA e.V. und Marily Stroux, 2012

ADS, „Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung – Bevölkerungseinstellung gegenüber Sinti und Roma“, 2014

Annegret Nippa, (Hrg.), Kleines abc des Nomadismus, Hamburg 2011. Publikation zur Ausstellung „Brisante Begegnungen. Nomaden in einer sesshaften Welt“ vom 17.11.2011-20.05.2011 im Museum für Völkerkunde Hamburg

Becker, Howard S.: Außenseiter : Zur Soziologie abweichenden Verhaltens. 2. Aufl.. Berlin Heidelberg New York: Springer-Verlag, 2014

Bleiberecht. Roma in Deutschland. November 1988 – November 1990. Chronologie – Dokumentation – Berichte., Hamburg. Mottendruck. 1990., 1990

Fluchtpunkt Neuengamme? Der Konflikt um die geplante Besetzung der KZ-Gedenkstätte durch den Roma National Congress im Mai 1993, in: Rassismus in Deutschland. Hg.: KZ-Gedenkstätte Neuengamme; Redaktion: Detlef Garbe u. a. Bremen 1994 (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 1), S. 106–109.

Herold, Kathrin: „Das Leid der Roma und Sinti in der NS-Zeit berechtigt nicht zu rechtswidrigen Handlungen heute.“ Bleiberechtskämpfe Hamburger Roma an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, in: Markus End, Kathrin Herold, Yvonne Robel (Hg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiment. Münster 2009, S. 131–156.

Herold, Kathrin: Proteste von Roma und Sinti an den KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau und Neuengamme. Der nationalsozialistische Antiziganismus in der Erinnerungspolitik, in: Das KZ Neuengamme und seine Außenlager. Geschichte, Nachgeschichte, Erinnerung, Bildung. Herausgegeben im Auftrag der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Neuengamme von Oliver von Wrochem unter Mitarbeit von Lars Jockheck. Berlin 2010 (Neuengammer Kolloquien, 1), S. 164–177.

Klaus Hödl, (Hrg.), Der Umgang mit dem „Anderen“ : Juden, Frauen, Fremde, Wien 1996

Kurtic, Salijana, Stroux Marily, Bleiberecht und Schule sind ein Muss! Interviews und Fotos mit Roma Jugendlichen in Hamburg-Billstieg, Wohnschiffprojekt Altona e.V., Juli 2012

Mappes-Niediek, Norbert, Arme Roma, böse Zigeuner Was an der Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt, Berlin 2012

Schnelle, Gisela, „Die Roma und Sinti“, Hausarbeit unveröffentlicht, 2003

Wippermann 1996, S. 113

Studie „Zur Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland“, Technische Universität Berlin im Auftrag von UNICEF

Zeitzeugenbefragung

Als Quellen nicht öffentlich zugänglich sind die Audiodateien der Interviews und die schriftliche Stellungnahme, die wir bei Bedarf zur Verfügung stellen können.

Interview mit Rudko Kawczynski am 05.12.2014

Interview mit Christian Arndt am 09.12.2014

Interview mit Dr. Detlef Garbe am 13.01.2015

Interview mit Manfred Bublitz am 07.02.2015

Schriftliche Stellungnahme von Professor Ingo von Münch vom 18.02.2015

Internetseiten

http://anti-ziganismus.de/artikel/roma-koennen-nicht-nach-jugoslawien-zurueckkehren/, 25.02.2015

http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/sichere_herkunftstaaten_deal_auf_kosten_der_roma_fluechtlinge_im_kabinett_beschlossen/, 19.02.2015

http://lexikon.freenet.de/Roma_%28Volk%29, 25.02.15

https://blackandwhitenachrichten.wordpress.com/category/marsch-gegen-rassismus-und-diskriminierung-fur-gleiche-rechte/, 25.02.15

http://de.wikipedia.org/wiki/Etikettierungsansatz 25.10.2014

http://de.wikipedia.org/wiki/Asylrecht_%28Deutschland%29 01.02.2015

http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_16a.html 01.02.2015

http://de.wikipedia.org/wiki/Abkommen_%C3%BCber_die_Rechtsstellung_der_Fl%C3%BCchtlinge#Inhalt_der_Konvention_von_1951 01.02.2015

http://www.unhcr.de/questions-und-answers/genfer-fluechtlingskonvention.html 03.02.2015

http://www.sintiundroma.de/sinti-roma/ns-voelkermord.html 03.02.2015

http://www.sintiundroma.de/sinti-roma/buergerrechtsbewegung.html 03.02.2015

http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/fragen-antworten.html 03.02.2015

http://de.wikipedia.org/wiki/Zigeuner 10.02.15

http://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/mrz/assets/Stichworte/MRZ_Stichw_GFK_neu1.pdf 10.02, 15

http://de.wikipedia.org/wiki/Ingo_von_M%C3%BCnch 19.02.2015

http://www.sueddeutsche.de/politik/diskriminierung-wissenschaftler-kritisieren-zuspitzung-der-sinti-und-roma-studie-1.2159083 18.02.2015

http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/sichere_herkunftstaaten_deal_auf_kosten_der_roma_fluechtlinge_im_kabinett_beschlossen/ 18.02.2015

https://www.planet-wissen.de/politik_geschichte/voelker/sinti_und_roma/index.jsp 23.02.2015

http://anti-ziganismus.de/artikel/roma-koennen-nicht-nach-jugoslawien-zurueckkehren 23.02.2015

http://www.strassenkinderreport.de/index.php?goto=304&user_name 23.02.2015

https://books.google.de/books?id=cqQjDRW2prIC&pg=PA17&lpg=PA17&dq=Sinti+und+Roma+in+Deutschland+80+er+Jahre&source=bl&ots=Wdp5DwEtWH&sig=QBzqIk840FT6WmHqSQqh2cZMzUI&hl=de&sa=X&ei=5E3XVP-oAcj5ywPYgYFw&ved=0CDkQ6AEwBA#v=onepage&q=Sinti%20und%20Roma%20in%20Deutschland%2080%20er%20Jahre&f=false 23.03.2015

http://www.ag-fuer-den-frieden.de/schwerpunkte/sinti.htm 8.2.15 23.02.2015

http://lexikon.freenet.de/Roma_(Volk) 23.02.2015

http://lexikon.freenet.de/Rudko_Kawczynski 23.02.2015

http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497181.html 23.02.2015

http://www.gfbv.it/3dossier/sinti-rom/de/rom-de.html 23.02.2015

http://www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Goettingen/Uebersicht/Barbara-Danckwortt-untersucht-Vorstellungen-ueber-Sinti-und-Roma 23.02.2015

Film

Fremd im eigenen Land – Sinti in Deutschland, Dokumentation, WDR 2014

Bleiberecht für Roma, Hamburg-Journal, 24.10.1989

Das Roma-Lager in Neuengamme, extra 3, 22.09.1989

Demonstration der RCU, SAT 1, Regionalmagazin 17.05.1993

Demonstration der RCU, RTL, Nord Live 17.05.1993

Demonstration der RCU, SAT 1, Regionalmagazin 28.05.1993

Rückkehr nach Neuengamme Der Kampf der Rom und Cinti Union um Bleiberecht, „Länderspiegel“ ZDF, 14. 10.1989

Presseartikel

Der Spiegel, 13.11.1989, „Erben der Opfer“

Die Welt, 17.05.1993, „Roma kamen nicht ans Ziel – Polizei verhinderte Besetzung der Gedenkstätte Neuengamme“

Die Zeit, 06.01.1989, „Den „Fluch“ schnell vergessen“

Die Zeit, 28.07.1989, „Doch verlegt“

Die Zeit, 15.09.1989 „Durchhalten bis zur Abschiebung“

FAZ, 06.03.1989, „In Neuengamme Sinti und Roma im Hungerstreik“

FAZ, 03.10.1989, „Zigeunerzelte in Neuengamme geräumt“

FAZ, 05.10.1989, „Pastor Arndt ruft zum Wiederstand auf“

Frankfurter Rundschau, 25.04.1994 „War es die Scheu, offensiv für Sinti einzutreten?“

Frankfurter Rundschau, 08.05.1996, „Gerechter Zorn über einen säumigen Senat“

Hamburger Abendblatt, 09.11.1989, „Muench duldet Roma und Sinti in Neuengamme“

Hamburger Abendblatt, 13.05.1993 „Ist der Konflikt noch zu vermeiden - Senat: Polizei soll räumen“

Hamburger Abendblatt, 22.04.1994, „Hackmann raeumt Fehler ein“

Hamburger Abendblatt, 18.03.1995, „Leid und Hunger bis zum Tod“

Hamburger Abendblatt, 05.05.1995, „Rueckkehr zum Ort des Todes“

Hamburger Abendblatt, 13.05.2015, „Ist der Konflikt noch zu vermeiden – Senat: Polizei soll raeumen“

Hamburger Morgenpost, 08.09.2003, „Neuengamme ganz befreit“

Neue Zürcher Zeitung, 13.07.2015, „Neuengamme – KZ-Gedenkstätte als Gefängnis“

Stern, 02.11.1989, „Wer nicht will, der will nicht“

Süddeutsche Zeitung, 18.05.1993, „Roma weiter vor Hamburger KZ-Gedenkstätte“

Süddeutsche Zeitung, 23.04.1994 „Wegen „Geheimabsprache“ über Aufenthaltsgenehmigungen Hamburger Innensenator unter Druck“

TAZ, 02.07.1989, „Von der Polizei raustragen“

TAZ, 02.07.1989, „Kein Fingerspitzengefühl“

TAZ, 07.09.1989 „Anschlag auf Roma-Mahnwache“

TAZ, 23.09.1989 „Abschiebung von Roma und Sinti ausgesetzt“

TAZ, 03.10.1989 „Hamburger Senat ließ in Neuengamme räumen“

TAZ, 04.10.1989 „Kein Fußbreit Erde“

FAZ, 05.10.1989, „Pastor Arndt ruft zum Wiederstand auf“

TAZ, 11.02.1994, „Romakinder duerfen bleiben“

TAZ, 21.04.1994, „Korruptionsaffaere im neuen Licht“

TAZ, 23.12.1996, „Es ist immer noch anstrengend, hier zu leben“

TAZ, 27.08.2013, „Sie sind sowieso schon hier“

TAZ Regional, 01.10.2011 „Zeitleiste Hamburg“

Bilder

Die Veröffentlichung personenbezogener Fotos ist nicht gewünscht.

Abbildungen 1, 5-9 - Privatbesitz

Titelbild, Abbildungen 2, 10 - Marily Stroux

Abbildung 3 – Tagesschau, http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/romaundsinti-100~_v-videowebl.jpg, 25.02.2015

Abbildung 4 – von Herrn Garbe zur Verfügung gestellt

5 Anhang

Elmshorn, den o7. Oktober 1989

An den

Pastor der Friedenskirche, Altona,
Christian A r n d t ,
36 Am Brunnen,
2000 Hamburg - 50

Wenn man in der Presse ließt, Kirche hilft den Roma und Sintis, dann kann ein normal denkender Mensch in Wut geraten, denn mit diesem Gesindel ist nicht gut Kirschen essen.
Für dieses stinkende Ungeziefer geben Sie sich als Geistlicher her wo doch längst bekannt ist, daß diese elenden Säue nur darauf aus sind, alte betagte und kranke Menschen auszurauben und zu betrügen!
Was sind Sie blos für ein vergammelter Wegelagerer, Ihre Gemeindemitglieder werden in Zukunft angehalten, Ihre Kirche nicht mehr zu besuchen, der mit Ihrer Einstellung kann man auch annehmen, daß Sie die Kollekte für die Zigeunersäue verbrauchen .
Sie besitzen auf keinen Fall Ehrfurcht vor Gott, sonst würden Sie mit dieser einmalig beschämenden Art niemals mehr die Kanzel Ihrer Kirche betreten, denn wer Mistpack, Betrüger und Berufsverbrecher schützt, hat den Glauben an Gott verloren.
Tagtäglich tauchen diese Banditen bei alten betagten Menschen auf, bestehlen und rauben sie aus, ist dies ein Gebot Gottes? Es heißt doch darin: Hilf Deinem Nächsten wie Dir selbst, habe vertrauen zu allen!!!
Aber diese Haltung und Betrug an den Deutschen Mitmenschen werden Sie noch teuer bezahlen, Sie sind der größte Lump der sich in Gottesgewand in die Kirche eingeschlichen hat, Pfui - Teufel!
Haben Sie den Mut und befragen Sie Ihre Gläubigen, ob wir diese Mistsäue im Lande behalten wollen, damit unsere Landsleute weiterhin in Angst und Schrecken leben wollen?
Eines steht fest, wir werden diese elenden Misttypen ausser Landes jagen, dann nützt auch Ihre verbrecherische Handlung nichts, Sie Genove.
Nehmen Sie diese Worte als Warnung, denn für Sie ergibt sich keine Chance sich zu verdrücken, die Rechnung werden Sie begleichen!

Mit deutschem Gruß, ein Heil für unser Land.

6 Arbeitsbericht

Als im September 2014 das Thema für den diesjährigen Geschichtswettbewerb bekannt gegeben wurde, schlug uns unser Tutor Herr Thomas Hengst vor, gemeinsam einen Beitrag für den Wettbewerb zu erarbeiten, da wir beide in den letzten Jahren schon erfolgreich teilgenommen hatten und er der Ansicht war, wir könnten von einer gemeinsamen Zusammenarbeit profitieren und uns gegenseitig etwas entlasten.

Durch eine Bekannte von Antonia, Marily Stroux, die sie durch die Teilnahme am letzten Geschichtswettbewerb kennenlernte und die sich sehr für Flüchtlinge engagiert, wurde sie auf das Thema Roma aufmerksam. Marily schenkte ihr ein Buch über ihre Arbeit. So wollten wir uns zunächst mit Roma-Frauen im Karoviertel beschäftigen, doch Marily wies uns darauf hin, dass Roma-Frauen womöglich kein großes Interesse hätten, Interviews zu geben. Eine Bekannte von Julia, Gisela Schnelle, machte uns dann auf die Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durch Sinti und Roma aufmerksam. Dieses Thema interessierte uns und wir begannen, uns genauer damit auseinander zu setzen. Dabei stellten wir fest, dass Marily Stroux als Fotografin bei der Besetzung tätig war. Netterweise hat sie uns Fotos aus der Zeit zur Verfügung gestellt.

In der Staatsbibliothek fanden wir einige Bücher zum Thema Sinti und Roma, die das Thema eher allgemein behandelten und keinen direkten Bezug zu unserem Thema hatten. Im Staatsarchiv recherchierten wir gar nicht erst, da wir aus den Erfahrungen der letzten Geschichtswettbewerbsarbeit wussten, dass die Akten von 1989 noch nicht öffentlich zugänglich sind.

In der Gruner und Jahr Textdokumentation wurden wir schließlich fündig und fanden mehrere Artikel, doch auch diese erwähnten die Besetzung meist nur rückblickend. Einige Artikel die uns relevant erschienen waren nicht vollständig, daher fragten wir bei der FAZ direkt an. Netterweise stellte man uns die Artikel kostenfrei zur Verfügung. Insgesamt fanden wir wenig Material zum Thema, da viele Zeitungsartikel aus dieser Zeit noch nicht archiviert worden sind. Auch im Internet war kaum etwas zu finden - nur einige wenige Zeitungsartikel, die uns nur ungefähre oder sehr verwirrende Informationen lieferten.

Wir stießen in den Zeitungsartikeln auf einige Namen von Zeitzeugen und beschlossen, möglichst aus jeder beteiligten Partei einen zu finden: einen Vertreter der Roma und Sinti, einen Vertreter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, einen Vertreter des Senats und einen der Polizei.

In einigen Zeitungsartikeln war der Name Rudko Kawczynski erwähnt, der anscheinend wesentlich an der Besetzung beteiligt war, und so versuchten wir, ihn zu kontaktieren. Da er auch heute noch Vorsitzender der Rom & Cinti Union ist, konnten wir ihn leicht ausfindig machen. Er war sofort dazu bereit, sich mit uns zu treffen. Bei dem Interview erhielten wir viele neue Informationen, die wir aber teilweise noch nicht einordnen konnten, da dies unser

erstes Interview war und wir uns erst im Verlauf der folgenden Interviews ein zusammenhängendes Bild der Besetzung machen konnten. Aus dem Archiv der RCU stellte er uns neue Quellen zur Verfügung.

Herr Arndt war schon im letzten Jahr einer von Antonias Zeitzeugen, weshalb wir seine Kontaktdaten hatten. Er war sofort einverstanden, uns ein Interview zu geben, nachdem wir seinen Namen in mehreren Zeitungsartikeln entdeckt und herausgefunden hatten, dass er den Roma Kirchenasyl gewährte. Herr Arndt stellte uns seine Materialien wie Zeitungsartikel und einen Drohbrief zur Verfügung.

Auf Herrn Garbe wurden wir durch einen Freund von Antonias Familie, Norbert Hackbusch, aufmerksam, der uns den Kontakt vermittelte. Dieser war netterweise bereit, ein Interview mit uns zu führen, obwohl er einen sehr vollen Terminkalender hat. Im Vorfeld ließ er uns Artikel und Texte aus dem Archiv der Gedenkstätte Neuengamme zukommen.

Unsere eigenen Recherchen im Archiv der Gedenkstätte waren nicht ergiebig.

Da wir für unsere Arbeit auch einen an der Räumung beteiligten Polizisten interviewen wollten, fragten wir bei der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Hamburg an, die uns an Herrn Bublitz verwies. Als wir diesen kontaktierten, erzählte er bereitwillig von der Räumung, konnte sich aber nicht mit uns treffen, da er sehr beschäftigt war. Als wir es später noch mal versuchten, konnten wir ihn erst nach einiger Zeit erreichen, da er im Urlaub war. Da er nun mehr Zeit hatte, wollte er sich gerne mit uns treffen. Das Treffen musste allerdings noch einmal verschoben werden, da Herr Bublitz zwischenzeitlich krank wurde. Im Laufe unserer Recherchen stießen wir auf den Namen des damaligen Polizeipräsidenten Dirk Reimers, der sich auch für ein Interview zur Verfügung gestellt hätte, leider konnten wir aus zeitlichen Gründen nicht mehr darauf zurückgreifen. Außerdem wollten wir mit einem Polizisten sprechen, der bei der Räumung dabei war.

Um einen politisch verantwortlichen Interviewpartner zu finden, fragten wir bei der Senatskanzlei im Rathaus an, die uns aber leider nicht weiterhelfen konnte. Also versuchten wir selbst Kontakte herzustellen.

Herr Hackmann, der verantwortliche Innensenator ist leider inzwischen verstorben. Ortwin Runde, damals Sozialsenator, war sehr hilfsbereit und meldete sich schnell zurück, konnte sich aber nicht mehr besonders detailliert an die Begebenheiten erinnern. Henning Voscherau, damaliger Erster Bürgermeister, meldete sich auf unsere Anfrage nicht zurück und Christine Steinert, die damalige Bezirksamtsleiterin Bergedorfs, hätte sich gerne mit uns getroffen, befand sich aber leider nicht in Hamburg.

In einem Presseartikel wurde Ingo von Münch genannt, den wir aber lange Zeit nicht erreichen konnten. Wir versuchten ihn per Telefon, durch die Pressestelle der FDP und persönli-

che Kontakte zu erreichen. Als wir die Hoffnung schon fast aufgegeben hatten, rief er am 7. Februar - kurz vor Abgabeschluss - zurück. Er war zwar nicht bereit, ein Interview mit uns zu führen, da er dies grundsätzlich nicht mehr tue, bot aber sofort an, seine Erinnerungen für uns aufzuschreiben und sie uns zukommen zu lassen. Das fanden wir sehr nett, da er gerade erst aus dem Krankenhaus entlassen worden war und sich noch im Genesungsprozess befindet. Wir merkten, dass Herr von Münch wirklich noch einmal versucht hat, sich an die damaligen Begebenheiten zu erinnern, und sein ganz persönliches Erleben schilderte.

Alle unsere Interviewpartner waren sehr freundlich und hilfsbereit, sie gaben uns weitere Materialien, die den Mangel an Zeitungsartikeln vom Anfang der Wettbewerbsphase ausglichen.

Ein großes Problem während unserer Arbeit war, dass wir uns erst während des Prozesses richtig einlesen konnten, da wir die wichtigen Quellen erst mitten in der Wettbewerbsphase von unseren Zeitzeugen erhielten.

Während des Wettbewerbs gerieten wir aufgrund von Erkrankungen, sehr vielen Klassenarbeiten zu Anfang und Ende der Wettbewerbszeit und der Teilnahme an anderen Wettbewerben sehr unter Stress. In diesen Phasen konnten wir leider nur wenig oder nicht so intensiv an unserer Arbeit schreiben. Erschwerend kam hinzu, dass wir zwar an derselben Schule sind, uns aber nicht im selben Gebäude aufhalten, da wir in unterschiedlichen Jahrgängen sind. Auch war es schwierig, sich außerschulisch zu treffen, da wir beide viele schulische Verpflichtungen und darüber hinaus jeder viele außerschulische Aktivitäten haben. Wir haben die Texte überwiegend gemeinsam verfasst, mussten gegen Ende der Arbeit aus Zeitgründen die Aufgaben aufteilen.

Zudem war es schwierig, unsere oft unterschiedlichen Meinungen unter einen Hut zu bringen, da wir unterschiedliche Arbeitsweisen haben. Diese Auseinandersetzungen waren zwar anstrengend, im Nachhinein betrachtet aber sehr ergiebig.

Bei der Auswertung der Interviews haben wir uns bewusst für das Einteilen in Kategorien entschieden, um die Interviews besser auswerten und vergleichen zu können. Wenn sich einer unserer Interviewpartner zu einer Kategorie nicht geäußert hat, haben wir diese weggelassen.

Unser Tutor Herr Hengst hat unsere Text auf Rechtschreibung Korrektur gelesen und unterstützte uns bei der Zeitplanung.

Die Interviewauswertungen sind von unseren Zeitzeugen autorisiert, wobei diese noch Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche äußerten, die es uns schwer machten, die maximale Seitenzahl einzuhalten. Da wir Herrn Kawczynski die Zusammenfassung des Interviews erst sehr spät zukommen ließen, hatte er nicht mehr die Gelegenheit, uns Änderungsvorschläge zu schicken und sie somit nicht explizit autorisiert. Wir entschlossen uns unsere Arbeit lieber in

ihrer Gänze, dafür aber mit mehr Seiten als vorgegeben, einzureichen und bitten dafür um Verständnis.

An dieser Stelle möchten wir all den Menschen danken, die es uns ermöglicht haben diese Arbeit zu schreiben:

Norbert Hackbusch, Isa Jacobi, Gisela Schnelle, Brigitta Fella (FAZ Archiv), Wolfgang Austen, Karsten Schwarz, Iris Groscheck, Ortwin Runde, Dirk Reimer, Rolf Klooß, Christine Gerlach, Klaus Gerlach, Gesa Löbner-Bonk, Thomas Hengst und Christoph Holstein.

Ganz herzlich bedanken wir uns bei unseren Zeitzeugen Rudko Kawczynski, Christian Arndt, Detlef Garbe, Manfred Bublitz und Ingo von Münch!

Auch möchten wir uns ganz besonders bei Marily Stroux dafür bedanken, dass sie uns ihr Fotomaterial zu diesem Thema zur Verfügung stellte und ihre Zeit dafür opferte.